Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

261 (9.11.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE [illegible]TTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand[illegible] Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvo[illegible] Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

[illegible]eis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn • Ohne Zustellung 1,90 Mark • Durch die Post 2,36 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Er[illegible] wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle [illegible] Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Volksfreund-Filialen Durlach, Hauptstr. 9 B.-Baden, Jaadhausstr. 12 Rastatt Rosenstr. 2 Offenburg Republikstr. 8

Nummer 261 — Karlsruhe, Mittwoch, den 9. November 1932 — 52. Jahrgang

Amerikas Präsidentenwahl

Roosevelt mit überwältigender Mehrheit gewählt

Karlsruhe, 9. November.

Die am 8. November nach einem äußerst verwickelten indirekten Wahlverfahren stattgefundenen amerikanischen Präsidentenwahlen haben den überwältigenden Sieg des demokratischen Kandidaten Franklin Delano Roosevelt über seinen republikanischen Gegenkandidaten, den bisherigen amerikanischen Präsidenten Hoover gebracht. Im Kampf der beiden großen amerikanischen Parteien, der Republikaner und der Demokraten, zwischen denen die sich zwar in aufsteigender Linie befindliche, jedoch heute noch keineswegs in Vordergrund stehende Sozialistische Partei mit dem ihrem Präsidentschaftskandidaten Normann Thomas leider noch keine entscheidende Rolle spielt, ist diesmal zum ersten Male wieder seit der Präsidentschaft Wilsons der demokratische Kandidat Sieger geblieben. Weniger etwa durch die scharfen Nuancen einer volksbegeisternden Persönlichkeit als vielmehr durch das von der Wirtschaftskrise getriebenen Schwingen des Pendels nach der anderen Seite. Aehnlich wie in Europa hat auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Wirtschaftskrise ihre großen Auswirkungen gehabt, trieb zahllose Wählermassen von der einen politischen Seite nach der anderen. Da jedoch der Amerikaner politischen Experimenten abhold ist und vor allem von chiliastischen Hoffnungen, wie sie in Deutschland von neuen Heilandsjüngern unter die Massen geworfen werden, nichts hält, so bleibt er bei all seinem Suchen im Rahmen der traditionellen Parteien, wechselt dabei allerdings leicht von der einen Seite zur anderen. Der bisherige republikanische Präsident Hoover, der Mann der „Prosperity", endete seine Wahlperiode mit einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise. Die Konsequenzen daraus ziehend, wandten sich die Wählermassen fast geschlossen auf die andere Seite, wodurch Roosevelt zum Präsidenten gewählt wurde, der nunmehr der amerikanischen Verfassung zufolge am 4. März 1933 sein hohes Amt antritt.

Der Name Roosevelt ist dem amerikanischen Volk kein fremder. Ist doch heute noch die Erinnerung an den einstigen Präsidenten Theodor Roosevelt sowohl in Amerika wie in der übrigen Welt eine starke. Wenn auch der neue aus der demokratischen Partei hervorgegangene nunmehrige amerikanische Präsident nur in entfernter Linie mit dem dem republikanischen Lager angehörigen einstigen Präsidenten Roosevelt verwandt ist, so tauchen doch sofort bei diesem bekannten politischen Namen die verschiedenfachsten Kombinationen auf. Allerdings ist dieser neue amerikanische Präsident nicht wie sein großer Namensvetter ein „Wildwestjäger", sondern vor allem seit einiger Zeit aus gesundheitlichen Gründen mehr ein Mann der Studierstube und der sachlichen Arbeit. Vor einigen Jahren von einer tückischen Kinderlähmung befallen, die ihn zu Krücken zwang, erinnert dieser gesundheitlich schwer geschädigte Politiker in dieser Hinsicht etwas leicht an den ebenfalls in seinem Gehwerk allerdings viel stärker behinderten englischen Politiker Snowden. Seine Feinde wollten ihn aus diesem körperlichen Hinderungsgrund die weitere politische Karriere abschneiden, fester Wille und klares Ziel überwanden jedoch sowohl innere wie äußere Schwierigkeiten. Aus alter amerikanischer Familie hervorgegangen, in der Jugend sportliebend, studierte Roosevelt an der Havard-Universität, schlug sich bei relativ schmaler finanzieller Grundlage schlecht und recht durch, verheiratete sich mit einer sehr nahen Verwandten des ehemaligen Präsidenten Roosevelt, war einige Zeit als Rechtsanwalt tätig, ging dann im Rahmen der Demokratischen Partei ins Lager der Politik, war einige Zeit ein ob seiner Tüchtigkeit gerühmter Untersekretär im Washingtoner Marineamt, wobei er die amerikanischen Truppentransporte nach Europa organisierte, und schuf sich schließlich als zweimaliger Gouverneur seiner Heimatstadt Neuyork einen bekannten Namen, so daß man jetzt nach seinem zweifellos überaus volkstümlichen Wahlfeldzug mit Interesse verfolgt, wie weit es ihm gelingt, als Führer das amerikanische Volk über die schwere Wirtschaftskrise hinweg zu bringen.

Mit seiner Amtsübernahme im März nächsten Jahres bekommt Roosevelt eine Fülle von Macht in Händen, wie sie kaum ein regierender Fürst größer hat. Diese Macht beruht, der amerikanischen Verfassung zufolge, nicht nur auf dem ausgedehnten Vetorecht, mit dem der Präsident alle ihm mißliebigen Beschlüsse der beiden Kammern des Parlaments in ihrer Wirkung aufzuhalten vermag, sondern ebenso sehr auf dem Rechte, alle wichtigen Aemter durch Nominierung zu besetzen. Dazu untersteht dem Präsidenten die Leitung der auswärtigen Politik, wenn auch dieses Recht leicht beeinträchtigt wird durch die Bestimmung, für Verträge eine zustimmende Zweidrittelmehrheit zu finden. Da der Präsident außerdem in der Praxis der anerkannte Führer der politischen Partei, aus der er hervorgegangen, ist und daher zumeist durch seine Partei über die Mehrheit im Kongreß verfügt, so hat er eine Machtfülle in Händen, die sich zweifellos auswirken muß, wenn der Präsident auch nur irgendwie die Gabe zur Führung hat.

Welche Rolle wird nun Roosevelt in der kommenden amerikanischen Politik spielen? Zunächst wird ja noch alles im Wartezustand bleiben, da seine Amtsübernahme ja erst im März erfolgt: ein langer Zeitraum, da ebenso wie bei uns in Europa die Not und das Elend weiten Kreisen an den Nägeln brennt und dazu noch infolge des herrschenden amerikanischen Individualismus für die Arbeitslosen nicht im allergeringsten jene Maßnahmen bestehen, wie sie in den sozial gerichteten Ländern des alten Kontinents vorhanden sind. Soviel Ansprachen auch Roosevelt in seinem Wahlkampf gehalten hat, so wenig Klarheit kann man sich daraus ein Bild über seine künftige Politik machen. Sicher ist das eine, daß er und seine Partei sich gegen die Prohibition und für die Rückkehr zur Alkoholfreiheit ausgesprochen hat, was wohl kaum als das grundlegendste Problem der praktischen amerikanischen Politik anzusprechen ist. Die durch die Wirtschaftskrise und

Franklin D. Roosevelt

die kapitalistische Wirtschaftsordnung immer mehr um sich greifende Armut wird Amerika zwingen, den sozialen Problemen ein ganz anderes Augenmerk zuzuwenden als bisher, wobei sich rasch zeigen wird, daß mit den alten in der „Pionierzeit" geltenden Politik des reinen Individualismus auch in der neuen Welt nichts anzufangen ist und daß ohne einen Schuß sozialen und gemeinwirtschaftlichen Oels auch die Probleme der neuen Welt nicht bewältigt werden können.

Von größter Bedeutung für Europa und Deutschland sowie vor allem für die Gesamtheit der Wirtschaftskrise wird allerdings sein, welche Handelspolitik der neue amerikanische Präsident einzuschlagen gedenkt. Während die bisher herrschende republikanische Partei eine straffe Verfechterin der Hochschutzzölle war, neigen die Demokraten gemäß ihrer Plattform für die Präsidentenwahl Wechselseitigkeitsverträgen mit anderen Staaten als dem Prinzip ihrer internationalen Handelspolitik zu. In ihrem Wahlprogramm erklärten die Demokraten: „Wir verurteilen den Zolltarif von 1930, dessen prohibitive Sätze zu Vergeltungsmaßnahmen von mehr als 40 Ländern geführt, internationale wirtschaftliche Feindseligkeiten geschaffen, den Handel zwischen den Völkern zerstört, unsere Fabriken in fremde Länder getrieben, den amerikanischen Farmer seiner auswärtigen Märkte beraubt und seine Produktionskosten erhöht haben." Wenn man auch Wahlprogramme nicht auf die Waagschale legen darf, so deuten doch alle Zeichen darauf hin, daß der neue demokratische Präsident über alle Schwierigkeiten hinweg den ernsthaften Versuch machen wird, durch Wegräumen nationalistischer Wirtschaftsschranken den internationalen Verkehr wieder in Gang zu bringen und damit den Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu suchen. Ob er stark genug ist und die Kräfte hat, die entgegengerichteten Kräfte matt zu setzen, und ob er schließlich frisch und zäh genug ist, durch neue große Zielsetzungen der Welt neuen Elan zu geben, wie er schon so oft aus dem Geist der Demokratie heraus geboren, das wird die Zukunft lehren und wird vielfach davon abhängen, ob er über engstirnigen Kapitalismus hinweg durch vorwärtsstürmenden sozialen Weltgeist die Weltkrise zu bannen sucht.

Stimmenergebnisse zur Präsidentenwahl

WTB. **Neuyork**, 8. Nov. Die Vereinigten Staaten stehen heute im Zeichen der Präsidentenwahl. Die Zahl der männlichen und weiblichen Wahlberechtigten beläuft sich auf **rund 47 Millionen.** Das Wahlverfahren ist bekanntlich ein indirektes. Die ersten Meldungen, die von der Präsidentenwahl einlaufen, weisen auf eine außerordentlich **starke Wahlbeteiligung** hin. Namentlich in den **Oststaaten** scheint die Wählerschaft beinahe vollzählig zur Wahlurne gegangen zu sein.

Neuyork, 8. Nov. Die von „Associated Preß" bis 4 Uhr nachmittags (22 Uhr MEZ.) gesammelten Teilresultate ergaben wichtige **demokratische Gewinne** in zahlreichen Landesteilen, darunter in Neu-England und in Teilen von Texas, Florida und Nordkarolina. In den letzteren drei Staaten war im Jahre 1928 eine republikanische Mehrheit vorhanden.

Neuyork, 8. Nov. Nach den bis 5 Uhr nachmittags (23 Uhr MEZ.) vorliegenden ersten Resultaten aus 13 der 48 Bundesstaaten führt Roosevelt in Alabama, Colorado, Florida, Georgia, Kansas, Massachusetts, Michigan, Missouri, Newhampshire und Oklahoma, Hoover in Nebraska und Rhode Island.

Neuyork, 8. Nov. Um 19 Uhr abends führte **Roosevelt in 21 der 26 Bundesstaaten**, aus denen erste Ergebnisse vorliegen. Roosevelts Vorsprung schwankte zwischen 8 : 1 in Texas und einigen Hundert Stimmen in Colorado.

Neuyork, 8. Nov. Hill, einer der Leiter des Wahlfeldzuges für Hoover im Osten der USA., gab um 8.07 Uhr abends **Roosevelts Sieg im Staate Neuyork** zu.

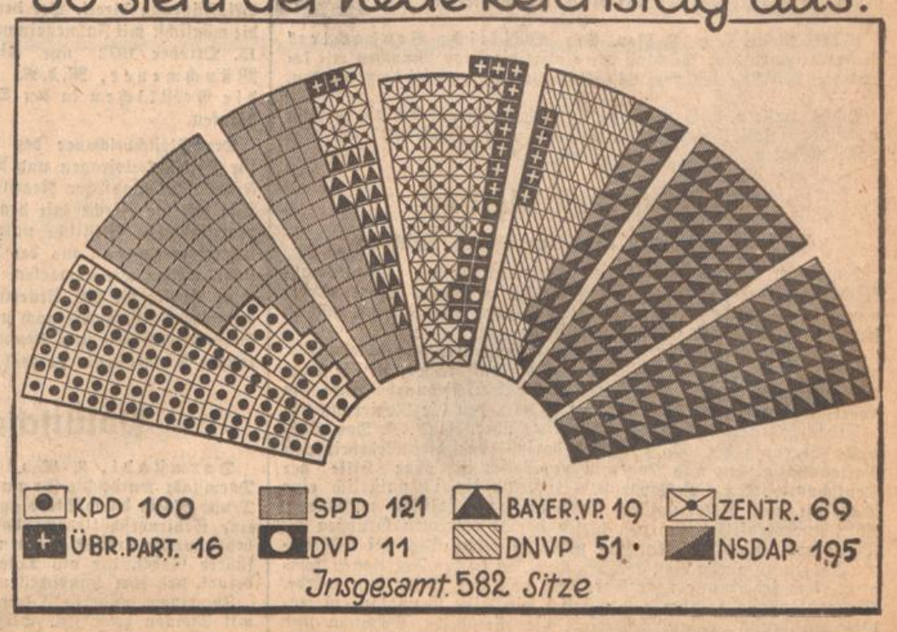
WTB. **Neuyork**, 8. Nov. **Roosevelts Vorsprung** in den Staaten, die im Jahre 1928 mit großer Stimmenmehrheit für Hoover stimmten, nimmt weiter zu. Kurz nach 8 Uhr hatte **Roosevelt in 25 Staaten** mit insgesamt 84 Wahlmännerstimmen den Vorsprung. Hoover führte nur in 7 Staaten, die 88 Wahlmänner stellten.

Roosevelts Wahlsieg bestätigt

Starke Erfolge der Demokraten

WTB. **Neuyork, 9. Nov. (Letzte Meldung.) Der demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt ist mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Von insgesamt 531 Wahlmännerstimmen erhielt Roosevelt 454, Hoover 55. 22 Wahlmännerstimmen stehen noch aus, die jedoch an dem Endergebnis nichts mehr ändern können. Im Staate Neuyork wurde der demokratische Kandidat Bankier Lehmann als Gouverneur gewählt. Auch bei den Bürgermeisterwahlen in Neuyork siegte der Demokrat Obrien.**

So sieht der neue Reichstag aus:



Die Zusammensetzung des neuen Reichstags.

Auch die neuegewählte Volksvertretung zeigt dasselbe Bild wie die vorangegangenen Reichstage.

Revolution

Von der Bastille und der Kommune bis zum Papen-Kabinett

Ferdinand Lassalles berühmtes Wort **„Verfassungsfragen sind Machtfragen"** ist heute in Deutschland so aktuelle wie noch nie. Die Inhaber der „vollziehenden Gewalt" setzen sich über Grundrechte der Verfassung und über Urteile des Staatsgerichtshofes mit Behendigkeit hinweg; sie haben die Armee und die Polizei des größten deutschen Landes in der Hand. Was kann uns da weiter geschehen, sagt sich das Papen-Kabinett.

„Verfassungsfragen sind Machtfragen" dieser Grundsatz hat seit eineinhalb Jahrhunderten die Geschichte der revolutionären Erhebungen in Europa geformt.

Der geistige Nährvater aller europäischen Revolutionen ist **die große Erhebung Frankreichs** gegen die absolutistische Monarchie im Juli 1789 gewesen. Als man die Bastille erstürmt und im Ballsaal zu Versailles die Volksherrschaft verkündet hatte, begnügten sich die Revolutionäre nicht damit, durch eine papierene Verfassung die „Grundrechte" eines freien Volkes zu formulieren, sondern sie organisierten die „Garde nationale", die Bürgermiliz. Zuerst bewaffnete man sich mit Spießen und Säbeln und formierte am Champ des Elysees eine bewaffnete Volksdemonstration. Dann organisierte man in jedem Stadtbezirk von Paris eine Art revolutionäre Sicherheitskompagnie. Schließlich faßte man diese Kompagnien zu Regimentern und Divisionen zusammen, stattete sie aus den staatlichen Arsenalen mit Gewehren und Kanonen aus und übertrug die Führung einer aus der revolutionären Masse emporgestiegenen Generalität. Die Revolution hatte gesiegt durch den Willen zur militärischen Macht.

In der deutschen **Spießbürger-Revolution vom Jahre 1848** hat man sich auch heftige Mühe mit der Formierung von „Bürgerwehren" gegeben. In Preußen sabotierte das Militär jede Art von Volksbewaffnung und Volksausbildung. In Mittel- und Süddeutschland aber nahm die revolutionäre Bürgerwehr so gemütlich groteske Formen an, daß sie bald zum Spottgebilde des öffentlichen Witzes wurde. Die geistige Erhebung des Jahres 1848 verstand sich zwar herrlich in den Reden des Frankfurter Parlaments Ausdruck zu verleihen. Die Straße und die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" aber beherrschte nach wie vor das preußische Militär und überall, wo die Revolutionäre sich der öffentlichen Gewalt bemächtigten, schlug sie ein preußisches Exekutivkommando brutal in den Sand.

Auch die französische **Kommune von 1871** war sich der Quellen ihrer Kraft nicht sicher. Sie organisierte unter den Kanonen der deutschen Besatzungstruppen eine leidlich bewaffnete „Kommunalgarde" von Paris, die zwar die öffentliche Gewalt in den Straßen und auf den Plätzen an sich riß und einige Tage behaupten konnte. Letzten Endes aber war das Unvermögen der Revolutionäre, die Truppen der Kommune aus dem Sack von Paris heraus aufs flache Land zu bringen und die Armee Mac Mahons militärisch in Schach zu halten, der Grund, warum der revolutionäre Traum von 1871 in Blut und Feuer erlosch.

Die **November-Revolution von 1918** war letzten Endes ebenfalls eine militärische Angelegenheit. Als der Bankrott der Militärs auf den Schlachtfeldern zu offensichtlich wurde, flammte der Wille zum Widerstand auf, zuerst an den Feuerkesseln der Panzerschiffe, dann auf den Panzerdecks der Kreuzer und der Kanonenboote, schließlich in den Straßen und auf den Plätzen von Kiel. Wie ein Lauffeuer breitete sich dann die revolutionäre Bewegung von einer Kaserne zur anderen, von Kiel über Hamburg, Bremen, Hannover, Köln, Frankfurt, München, Leipzig und Dresden aus und umringte mit der Mauer revoltierender Soldaten das preußische Kriegsministerium und den letzten amtierenden Militär, den „Kommandierenden General in den Marken", General von Linsingen in Berlin.

Mit der Abkehr der Truppe vom Kaiserreich, mit der Schwenkung der Gewehre und Kanonen fiel der alte Staat.

Heute ist das **Kabinett der Barone formell im Besitz der gesamten öffentlichen Gewalt,** des Militärs und der Polizei. Aber die Kluft zwischen der „hauchdünnen Oberschicht" des Herrn von Papen und des Herrn Schleicher und dem Volk ist größer als je. Am 9. November 1918, zwei Uhr nachmittags, aber war der Spuk bereits vorbei. Denn die Masse stand dagegen auf und hatte die Macht dazu. Eine ernste Mahnung an das Papen-Kabinett!

Tagesschau

WTB. **Berlin,** 8. Nov. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats berieten am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Frhr. v. Gayl die **Richtlinien für das Rundfunkwesen.**

*

WTB. **London,** 8. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, den Aeußerungen Herriots über eine **Annäherung Frankreichs an Italien** werde in Londoner diplomatischen Kreisen größte Wichtigkeit beigemessen.

*

Den Haag, 8. Nov. (Eig. Draht.) Die niederländische sozialdemokratische Arbeiterpartei und der niederländische Gewerkschaftsbund veranstalteten am Dienstag im Haag eine Protestkundgebung **gegen die reaktionäre Finanzpolitik** der Regierung.

*

WTB. München, 8. Nov. Der „Völkische Beobachter" ist heute abend laut Beschluß der Polizeidirektion München mit sofortiger Wirkung bis zum 14. November cr. verboten worden.

*

WTB. **Halle a. d. S.,** 8. Nov. Der Oberpräsident hat die in Zeitz erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung **„Volksbote"** auf drei Tage verboten.

Papen will bleiben

Er hofft auf einen arbeitsunfähigen Reichstag

In einem Interview mit dem Chefredakteur der „Transozean-Nachrichtendienste" gab der **Reichskanzler v. Papen** seiner unverminderten **Zuversicht** hinsichtlich der durch den **Wahlausfall geschaffenen Lage** Ausdruck, indem er erklärte:

„Abgesehen von gewissen parteipolitischen Kräfteverschiebungen, die mehr oder weniger den Erwartungen entsprechen, ist die Lage nur wenig verändert. **Ich betrachte die Verschiebungen nicht als ausreichenden Grund, den Kurs zu ändern,** den die Regierung unbeirrbar gesteuert hat, seit ich das Amt übernahm. . . . **Das wichtigste Ergebnis der Wahl besteht darin, daß die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum unmöglich ist ohne Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei.** Ziffernmäßig ist natürlich eine Mehrheit von Kommunisten und Nationalsozialisten vorhanden. Aber eine Koalition zwischen diesen beiden extremen Gruppen erscheint doch undenkbar. Es kann vielleicht gelegentlich bei bestimmten Fragen zu einem Bündnis zwischen den beiden Fraktionen kommen, das jedoch nur negativer, nie positiver Natur sein würde. Vielleicht dürfte es aber doch möglich sein, eine Grundlage zu finden, auf der diejenigen Parteien, die für Gesetz, Ordnung und christliche Weltanschauung eintreten, sich zu gemeinsamer Arbeit vereinen können. Diese Hoffnung stützt sich auf die Tatsache, daß die bürgerlichen Mittelparteien bei der Wahl gut abgeschnitten haben. Ich kann nur wiederholen, was ich in meiner letzten Rundfunkrede sagte, daß die Regierung gerne bereit ist, ihre Hand jedem einzelnen und jeder Parteigruppe zu reichen, die guten Willens sind, loyal mit uns an der Lösung der nationalen Fragen mitzuarbeiten."

„Die Faust an der Gurgel"

Hugenbergs Vernichtungspläne gegen die Demokratie

Unter dem Titel „Nicht abwarten" befaßt sich das Organ der Christlich-Sozialen, der „Deutsche", mit der Frage, was nach dem Ausgang der Wahlen werden soll. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Aeußerungen des „Deutschen" diesmal mit der Auffassung identisch sind, die gegenwärtig in maßgebenden Zentrumskreisen vorherrschend ist. Der „Deutsche" schreibt:

„Hugenbergs Presse schreibt jetzt, die Deutschnationale Partei besitze die Schlüsselstellung im Parlament und habe jetzt „die Faust an der Gurgel der parlamentarischen Parteiwirtschaft". Sie werde jede Möglichkeit zu einer beabsichtigten Wiederbelebung des Weimarer Parlamentarismus über die Bildung einer parlamentarischen Regierung verhindern. Diese Offenherzigkeit ist zu begrüßen. Die anderen Parteien wissen, was sie von einer „nationalen Konzentration", wie sie Hugenberg will, zu erwarten haben. Es ist ausgeschlossen, daß sich Nationalsozialisten, Zentrum und Christlich-Soziale dafür hergeben werden. Daraus ergibt sich alles weitere. Die Basis einer Not- und Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, wie sie Kaas und Brüning fordern, muß so breit wie möglich sein und in erster Linie eine Stütze bei den Massen des Volkes finden. Daß in diesem Augenblick nicht an eine Mehrheitsbildung koalitionsmäßiger Art wie früher zu denken ist, ist klar. Es ist eine Regierung zu finden, deren führende Männer Vertrauen im Volke haben und eine Mehrheit im Reichstag zu finden, die ihnen die Möglichkeit gibt, zu arbeiten. Der Reichstag soll sie später nach ihrer Politik und ihren Taten beurteilen. In diesem Sinne muß nun der Reichstag selber die Initiative ergreifen. Er darf nicht abwarten, bis die Regierung es für gut befindet, ihn einzuberufen. Er muß die Rechte des Volkes, das in seiner überwiegenden Mehrheit seinen Willen unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, zur Geltung bringen und die Führung übernehmen. Es wäre falsch, die Vorschläge und Pläne Papens abzuwarten. Die Lage ist klar, die Aufgabe ist gestellt. Sie kann nicht gelöst werden auf dem Wege einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und Parteiführern, welche die Hugenbergpresse kurz so charakterisiert: „Die Parteiführer sollen verhört werden." Beim Reichspräsidenten liegt die letzte Entscheidung."

Es ist anzunehmen, daß das Zentrum im Sinne der vorstehenden Betrachtungen bereits bestimmte Schritte eingeleitet hat.

Bombenwerfer-Prozeß

Systematischer Vandalismus der Nazis

Hamburg, 8. Nov. (Eig. Draht.) Am Dienstag setzte das Altonaer Sondergericht, vor dem gegenwärtig der Prozeß gegen die nationalsozialistischen **Handgranatenattentäter** verhandelt wird, die Vernehmung der Angeklagten fort. Als Verteidiger für die Angeklagten SS.- und SA.-Leute war der berüchtigte nationalsozialistische Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Roland **Freisler**-Kassel erschienen. Das Gericht versuchte die Angeklagten zu Aussagen über die Ausführung der in der Wahlnacht in Schleswig-Holstein verübten Handgranatenanschläge zu bewegen.

In **Elmshorn** wurde aus einem mit sechs Mann besetzten Kraftwagen eine **Stielhandgranate** gegen eine Gastwirtschaft geworfen, in der sich das Verkehrslokal und das Parteibüro der KPD. befinden. Außerdem wurden zahlreiche Schüsse auf das Haus abgegeben. Die Handgranate flog während der Explosion gegen den Bordstein, so daß nur die Fenster der umliegenden Häuser zersprangen. Die angeschuldigten SA.- und SS.-Leute, durch deren früheres Geständnis die Tat restlos geklärt ist, verweigern jetzt die Aussagen und behaupten, sich der Vorgänge nicht mehr entsinnen zu können.

In **Uetersen** wurde aus einem Kraftwagen heraus eine **Handgranate** gegen den Laden der **Konsumgenossenschaft** „Produktion" geschleudert, die aber ihr Ziel verfehlte und das Haus eines Arbeiters, der zu keiner politischen Partei gehört, traf. Auch hier ist die Täterschaft durch frühere Geständnisse geklärt. Zwei der Täter, der Abiturient Adler und der Bäckergeselle Dechow sind flüchtig. Die übrigen Angeklagten verweigern die Aussage oder geben an, mit der Angelegenheit nichts zu tun zu haben.

Der Anschlag in **Barmstedt** wurde von dem Führer des zweiten Sturms Grezesch, der auch die anderen Attentate organisierte, selbst geführt. Er sollte sich gegen ein kommunistisches Parteilokal richten. Der Täter, der auf einem Motorrad vorfuhr, warf die Stielhandgranate aber versehentlich in die Wohnung des Arbeiters Gottschalk, die sich im Hause neben dem KPD.-Lokal befindet. Die Handgranate richtete großen Sachschaden an. Durch die Explosion wurden zahlreiche Fensterscheiben des Hauses zertrümmert. Der Angeklagte, der diese Tat eingesteht, sagte weiter aus, daß er nach Vollbringung der Tat den Führer des Motorrades, dessen Namen er nicht nennen will, mit vorgehaltener Pistole Stillschweigen über die Vorgänge der Nacht geboten und ihm bedeutet habe, daß er ein Kind des Todes sei, wenn die Oeffentlichkeit etwas erfahre.

Die der Ausführung des Handgranatenanschlags auf den **Konsumvereinsladen** „Produktion" in **Pinneberg** beschuldigten SA.-Leute Gerlach und Barmeister, die dort in der Mitternachtsstunde des 1. August mit einem Kraftwagen vorfuhren, und eine Stielhandgranate gegen das Haus warfen, bestreiten die Täterschaft, obwohl diese durch die Aussagen ihrer Kameraden vor dem Untersuchungsrichter feststeht.

Das Attentat in **Rendsburg** richtete sich gegen das Parteibüro und Verkehrslokal der KPD., auf das zwei Handgranaten geworfen wurden, die durch ein Fenster auf den Tisch der Gastwirtschaft fielen, dort explodierten und große Zerstörungen anrichtete. Der SA.-Mann Rohweder, der die Handgranate warf, und der durch herumfliegende Sprengstücke schwer verletzt war, wurde von dem Reichstagsabgeordneten Moder und dem Standartenarzt Dr. Forst heimlich fortgeschafft. Gegenwärtig ist er flüchtig. Der weiter an der Tat beteiligte SS.-Mann und **Zollwachtmeister** Plähn ist geständig.

Der Führer des Altonaer SA.-Sturmes, Gastwirt Beckmann, der Inhaber einer berüchtigten Nazikneipe ist, wird beschuldigt und durch frühere Aussagen bezichtigt, das Attentat auf ein KPD.-Gebäude in **Altona** ausgeführt zu haben. Da aber die zum Werfen der Handgranate bestimmten Leute das Abziehen der Zünder vergessen haben, blieb die Handgranate auf der Straße liegen ohne zu explodieren. Ein zweites Attentat, das auf das Altonaer **Gewerkschaftshaus** geplant war, kam nicht zur Ausführung, da die hierzu bestimmten SA.- und SS.-Leute in letzter Stunde den Mut verloren. Die Angeklagten bestreiten entschieden, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Ausführlich erörtert wird dann noch die Beschaffung der Sprengstoffe, die nach der Anklage der Nationalsozialist Bestmann geliefert haben soll. Der Angeklagte Plähn gibt zu, eines Tages ein großes Paket mit Sprengstoff in die Wohnung des SA.-Mannes Heeschen gebracht zu haben, verweigert aber über die Herkunft des Sprengstoffes und über seine Verwendung die Aussage.

Am Donnerstag soll mit der Beweisaufnahme begonnen werden, für die zunächst 37 Zeugen und drei Sachverständige geladen sind.

Die Feldpfaffen für Mordbanden

Geistliche Ratschläge für die „175er"

Der Verfasser der weltbekannten schweinischen Röhmbriefe, Hitlers oberster SA.-Führer Röhm, hat den Fleischbeschauer des Dritten Reichs, Herrn Münchmeyer, in die oberste SA.-Führung nach München berufen. In diesem Sinne hat er verfügt:

„Bei den Gruppenkommandos sind auf sofort je ein SA.-Geistlicher einzustellen. Die Herren Pfarrer müssen PG. sein und stehen im Rang eines Sturmbannführers zu besonderer Verwendung. Gestehungs- bzw. Bestallungsurkunde nur durch die oberste SA.-Führung direkt. Bei den Feldgottesdiensten der SA., die möglichst mit Fahneneinweihungen zu verbinden sind, sprechen ab 15. Oktober 1932 nur die SA.-Geistlichen. Der PG.-Pfarrer Münchmeyer, M. d. R., wird als Spezialreferent für die Geistlichen in der SA. sofort in die oberste SA.-Führung berufen.

Der Fleischbeschauer des Dritten Reichs als „Spezialreferent" für Sittlichkeitsfragen und Moral, bestellt von Herrn Röhm, dem Freund bolivianischer Regenknaben — das ist Hitlerpartei! Wie sich die Kirche mit dem „röhmischen" Befehl abfindet, der protestantische Geistliche unter das Kommando eines wegen Sittlichkeitsvergehens aus der Kirche ausgeschlossenen Münchmeyers stellt, wollen wir abwarten. Was der liebe Gott sagen wird, wenn seine Diener die SA.-Stürmer weihen, bevor sie zum Arbeitermord ausziehen, wissen wir auch nicht. Was wir aber wissen, das ist, daß Sozialdemokraten und Republikaner es ablehnen, für SA.-Pfarrer länger Kirchensteuer zu zahlen.

Politische Wegelagerer

Darmstadt, 8. Nov. (Eig. Draht.) In Oberramstadt bei Darmstadt wurde die Frau eines Reichsbannermannes von einem Trupp Nazis durch Hiebe auf den Kopf niedergeschlagen, so daß sie eine Gehirnerschütterung davontrug. Als ihr Ehemann sie aufheben wollte, erhielt er einen Stich in den Rücken. Der SA.-Sturmführer Göbel, der als Täter festgenommen wurde, gebärdete sich derart, daß ihm Handschellen angelegt werden mußten.

In einem anderen Odenwaldort wurde ein Reichsbanneranto mit Steinen beworfen. Sechs Nationalsozialisten wurden als Täter festgenommen.

196 Mandate der NSDAP.

Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein berichtigtes Ergebnis gemeldet, das um 51 981 gültige Stimmen höher ist, als das zuerst gemeldete. Der Anteil der NSDAP. an dieser Stimmenzahl beträgt 18 882. Die Berichtigung wirkt sich dahin aus, daß der NSDAP. ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt. Die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten beträgt nunmehr 196; der Reichstag umfaßt damit insgesamt 583 Abgeordnete.

Nazi und Hugenberger

Oldenburg, 8. Nov. (Eig. Draht.) Der deutschnationale Bürgermeister von Eutin, Dr. Stoffregen, der dieser Tage von dem Nazi-regierungspräsidenten in Eutin mit Gewalt seines Amtes enthoben wurde, ist von dem Oldenburgischen Naziministerium am Dienstag wieder eingesetzt worden. Stoffregen hatte der Nazi-regierung ein Ultimatum gestellt und mit der Beschwerde an den Reichsinnenminister gedroht. Diese Drohung hat die Nazihelden und Naziminister zu dem Rückzug veranlaßt. In der Nacht zum Dienstag erhielt der Nazi-regierungspräsident den telegraphischen Befehl, die Forderung des Bürgermeisters von Eutin zu erfüllen. Inzwischen hat Stoffregen gegen Nazi-regierungspräsidenten in Eutin Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt.

Verbot der SS. und SA. im Saargebiet

WTB. Saarbrücken, 8. Nov. Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, sämtliche militärähnlichen Organisationen der NSDAP., insbesondere die Sturmabteilungen (SA.), die Schutzstaffeln (SS.) und sonstige Einrichtungen, u. a. die nationalsozialistischen Sanitätskorps, die Führerschulen, die SA.-Kasernen und die Zeugmeisterei, mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

*

Zur Begründung wird von der Regierungskommission mitgeteilt:

„In der Nacht zum 2. November wurde in der Stadt Saarbrücken ein **Flugblatt** verbreitet, das einen Wahlaufruf für die Nationalsozialisten enthielt, zugleich auch die Bevölkerung gegen die **Polizeiorgane aufzuwiegeln** suchte. Das Flugblatt entsprach auch nicht den Vorschriften des Pressegesetzes. Um den Verfasser zu ermitteln, fand am 3. November in Ausführung eines Beschlusses der Regierungskommission des Saargebietes in den Geschäftsräumen der NSDAP. eine Durchsuchung statt. Hierbei wurden unwiderlegliche **Beweise** dafür gefunden, daß gewisse Organisationen der NSDAP. im Saargebiet eine Tätigkeit entfalten, die in flagrantem Widerspruch zu den Bestimmungen der Verordnung vom 12. September 1928 stehen."

Zusammenbrechende Monarchie

„Gruppe Winterfeldt"

Der ehemalige Reichskanzler Brüning hat vor einigen Monaten im Reichstag eine Episode aus der November-Revolution 1918 ins Gedächtnis zurückgerufen, nämlich den letzten Versuch der Obersten Heeresleitung, die Revolution von der Front aus niederzuschlagen. Am 7. November 1918 wurde von der Heeresleitung die Aufstellung von drei Oberkommandos West, Ost und Süd, angeordnet, die dem preußischen Kriegsminister unterstellt werden sollten. Als die ersten Truppen des Oberkommandos West die Rheinbrücken passieren sollten, flammte jedoch der Aufstand bereits in Köln auf. Die Mannschaften der 2. Gardedivision mußten schleunigst bei Aachen aus den Zügen herausgeholt werden, um den Rücken des kämpfenden Heeres gegen die gefürchtete revolutionäre Lawine aus der Heimat zu schützen. Der Chef des Stabes, des Generalgouvernements Belgien, General von Winterfeldt, erhielt den Auftrag, eine Sperrlinie von Maschinengewehrposten an den in die Heimat führenden Straßen aufzubauen. Einer der M.G.-Führer war der Oberleutnant der Reserve Brüning, der sich mit besonderem Ernst seiner Aufgabe bewußt gewesen zu sein scheint: Seine Maschinengewehre brauchten allerdings gar nicht in Tätigkeit zu treten, denn die Flut der Revolution ging auch über sie hinweg.

Es war eine peinliche Episode, als der damalige Kanzler, dessen Mehrheit bis in die Sozialdemokratie reichte, dieses hoffnungslose Experiment erwähnte, und ein betretenes Schweigen ging durch das Haus.

Kaiser Karl streikt

Kaiser Karl von Oesterreich ist nie der besondere Liebling der deutschen Obersten Heeresleitung gewesen. Er hatte zuviel Fühler nach der Entente ausgestreckt und man traute ihm überhaupt nicht recht. Am 27. Oktober 1918 schrieb Kaiser Karl an Wilhelm II. folgenden Brief:

„Teurer Freund, es ist meine Pflicht, Dir, so schwer es mir auch fällt, zur Kenntnis zu bringen, daß mein Volk weder imstand noch willens ist, den Krieg weiter fortzusetzen — — — deshalb kündige ich Dir an, daß ich den unabänderlichen Entschluß gefaßt habe, innerhalb 24 Stunden um einen Separatfrieden und um sofortigen Waffenstillstand anzusuchen."

In treuer Freundschaft

Karl.

Auwi will zu Papa

In den ersten Tagen des November 1918 war sich die Hochfinanz und die Großindustrie, bis hoch in Offizierskreise hinein, vollkommen darüber klar, daß der Kaiser sofort zurücktreten müsse. Prinz Max von Baden berichtet in seinen Memoiren, daß schon zwei Tage vor dem Eintreffen der entscheidenden Note Wilsons zwei **Söhne des Kaisers bei ihm vorstellig geworden seien: Prinz Adalbert und August Wilhelm. Sie hätten ihn direkt gefragt, ob sie zu Papa gehen und ihm die Notwendigkeit seiner Abdankung vorstellen sollten.**

Dieser Schritt des Naziredners Auwi entbehrt nicht der Pikanterie. **Er ist sozusagen der erste Kaiserstürzer gewesen. Er dachte nicht daran, auf den Stufen des Thrones sein Leben für seinen Vater herzugeben.**

Der „Löwe" Litzmann

Ein anderer prominenter Nazi hat, wie Auwi, aktiv bei der Revolution mitgewirkt, nämlich der **General Litzmann**, der demnächst als Alterspräsident den Reichstag eröffnen soll. Die Nazis nennen ihn gerne den „Löwen von Brzezinn", weil er damals irgendein Armeekorps der Ostfront besonders schneidig geführt haben soll. Dieser „Löwe", der jetzt in Neu-Globsow wohnt, hat in den Revolutionstagen den Auftrag erhalten, unter dem „Oberkommandierenden in den Marken" die Revolution zu bekämpfen und niederzuwerfen. Leider ging das nicht so einfach, denn die Herrn Litzmann unterstellten Truppen wollten nicht. Er schreibt:

„Und ich, der ich von meinem Kaiser damit beauftragt war, die Heimat gegen den Aufruhr zu schützen, war machtlos. Ich verlebte qualvollste Stunden. Wenn ich nur zwei Bataillone zur Hand gehabt hätte, ich würde genau gewußt haben, was zu tun war und kein Fritz Ebert und kein Scheidemann würden mich gehindert haben, den Befehl des Kaisers auszuführen."

In derselben Nummer des „Angriff" aber berichtet ein anderer Nazi-Offizier, Major Buch, daß Bataillone zur Verfügung standen, darunter ein Bataillon des M.G.-Lehrkurses im Lager Döberitz. **Lauter Offiziere und Offiziersaspiranten! Aber keiner wollte mehr!**

Armer „Löwe" von Neu-Globsow! Nun hat dich der Kaiser auf einen wichtigen Posten gestellt und nichts war es damit! Sein Schmerz war sicher ebenso groß wie der des **Pg. Frick, den „sein König" hinter den Ofen des Bezirksamts von Pirmasens gestellt hat! Auch er blieb ohne jeden kriegerischen Ruhm!**

Exzellenz erwartet seine Verhaftung

Graf Harry Keßler hat kürzlich in der „Frankfurter Zeitung" einen Brief publiziert, in dem er die „Befreiung" Pilsudskis aus der Festung Magdeburg schildert — — — mitten aus den Wirren der Revolution:

„Ich erklärte mich bereit zu einer Unterredung mit dem Kommandierenden General. Noch während ich dies sagte, klingelte der Adjutant des Generalkommandos schon an: „Exzellenz wünscht Sie zu sprechen — — und bald, möglichst bald! Ich fuhr hinaus und traf einen alten kriegsverbrauchten Mann, der offenbar stündlich seine eigene Verhaftung erwartete. Der Kommandierende General in Hannover war nämlich bereits gefangen gesetzt worden. Er empfing mich gebückt, setzte sich schwer in seinen Stuhl und fragte, was man in Berlin mache. Ich riet ihm, die Ordnung wenn möglich durch die Gewerkschaften und durch die sozialdemokratische Organisation aufrecht zu erhalten. **Er stimmte allem zu."**

Großherzog von Mecklenburg

Im Land des Ochsenkopfs ist die Revolution verhältnismäßig friedlich vor sich gegangen. Am Vormittag des 7. November wurde zwischen 8 und 9 Uhr die gesamte Garnison vor dem Schweriner Schloß aufgebaut, befehligt vom Soldatenrat. Die Offiziere hatten Stubenarrest, sie waren unsichtbar, aber alle lebten sie; keinem von ihnen war auch nur ein Haar gekrümmt worden. **Friedrich Franz** ging schließlich auf den Balkon und sprach zu seinem Volk.

Er erklärte den Soldaten, alle ihre Wünsche würden erfüllt werden. Er schloß mit einem Hoch auf das Vaterland. Begeistert stimmte alles ein. **Dann gingen die revolutionären Massen und der Großherzog nach Hause.**

Die Kaisertochter bietet Zigarren an

Am 8. November kam es in Braunschweig zur Revolution. Am Abend erschien im herzoglichen Schloß eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats und forderte den Thronverzicht. Der Herzog erbat sich eine Bedenkzeit von 30 Minuten. **Den Abgesandten wurden Zigarren gereicht.** An den Verhandlungen mit den Ministern und Soldatenräten nahm auch die **Kaisertochter** Viktoria Luise teil, auf deren Rat der unentschlossene Herzog den größten Wert legte. Schließlich unterschrieb er die Verzichturkunde ohne jede Einschränkung auf ihren Rat.

Wieder 9. November..!

So groß und gut auch das „Damals" war —
Hüt' dich, träumend nach rückwärts zu streben!
Das Gestern kann und darf wohl in dir,
Aber du kannst und darfst nicht im Gestern leben!
Denn nicht zum Verwinden — zum Ueberwinden
Sollst du Kraft im Erinnern finden!

Wie hart und schwer auch dein Heute ist —
Flüchtest du zu vergangenen Zeiten,
Kann leicht deine Zukunft dir
Aus den Augen und Händen gleiten!
Drum nie müde werden! Pack zu mit uns allen!
Halt fest! Halt fest! Halt fest!
Weil dich, läßt du die Zukunft fallen,
Die Zukunft fallen läßt!

Tutt, ein Wirker

Zwischen Krieg und Frieden

Der tschechische Außenminister über Abrüstung und Aufrüstung.

Prag, 8. Nov. (Eig. Ber.) Außenminister **Benesch** hielt im auswärtigen Ausschuß des Parlaments eine Rede, der er den Titel gab, „Wird sich Europa für Frieden oder Krieg entscheiden?" Benesch sagte unter anderem:

„Deutschland führt einen **großen inneren Kampf** um seine ernstesten Lebensfragen, und wir würden wünschen, daß seine Entwicklung zu normalen Verhältnissen beschleunigt wird. Der vom **Hitlerismus** bedrohte deutsche Parlamentarismus wurde durch eine Reihe von Neuwahlen und durch das Papen-Schleicher-System erschüttert. Das neue autoritative und auf militärische Faktoren sich stützende Regime in Deutschland hat in einigen Staaten Befürchtungen wachgerufen, es könnten aus den Ereignissen neue internationale Komplikationen entstehen.

Der **Friede** und die politische Entwicklung Europas hängen von der **Entwicklung in Deutschland** ab. Nach der Lausanner Konferenz trat eine Besserung der europäischen Wirtschaftslage ein. Die Schwierigkeiten der Genfer Abrüstungskonferenz haben aber die aufsteigende Tendenz zum Stillstand gebracht. Die Forderungen der deutschen Delegierten nach **Rüstungsgleichheit** wurden am 29. August in einer Form präzisiert, die allgemein als ein Verlangen nach **Wiederaufrüstung** aufgefaßt wurden.

Deutschland hat die Erlaubnis verlangt, sich neue Waffen beschaffen zu dürfen, wie zum Beispiel Tanks, Schnellfeuergeschütze, U-Boote, Schlachtschiffe über 10 000 Tonnen, sowie eine bestimmte Anzahl von Milizsoldaten rekrutieren zu dürfen. Er selbst glaube, daß dadurch Europa in eine Periode neuer politischer Krisen geraten würde, die zuerst zu einem **Wettrüsten** und schließlich zu einem neuen unhaltbaren **kriegerischen Konflikt** führen würden. Er halte daher die Situation für ernst. Rüstungsgleichheit durch Aufrüstung der abgerüsteten Staaten erzielen zu wollen, heißt einen Krieg vorbereiten. Die Gleichheit kann nur dadurch erzielt werden, daß gemäß Paragraph 8 des Völkerbundpaktes **alle anderen Staaten ihre Rüstungen herabsetzen.** Es müsse loyal gesagt werden, daß sich **Deutschland** in seiner Sicherheit **bedroht** fühlen könne, wenn dieser Paragraph nicht erfüllt werden würde. Ein Uebereinkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Italien, unter Mitwirkung aller anderen europäischen Staaten, keinen Krieg zu gestatten und durch gemeinsames Einschreiten jeden zu **bestrafen**, der den Frieden stören sollte, würde den Frieden garantieren. Frankreich wäre zu einem solchen Uebereinkommen bereit. Von Deutschland und Italien ist vorläufig nicht bekannt, was sie unternehmen würden, wenn in Genf eine solche Frage gestellt würde. Es müsse ein europäischer Kontinentalvertrag den Kellogg-Pakt so lebensfähig machen, wie es der Locarnovertrag ist. Auch dann könnte noch über strittige Fragen in Ruhe diskutiert werden. Die tschechoslowakische Regierung begrüßt daher den **Herriot-Boncour-Plan** und würde auch jeden anderen Plan akzeptieren, der die Ruhe in Europa sichern würde.

Benesch schloß: Das Jahr 1933 werde entscheiden, ob Europa neuen kriegerischen Konflikten oder einem dauernden Frieden entgegengehe.

Politischer Prozeß

Hildesheim, 8. Nov. (Eig. Draht.) Vor der Großen Strafkammer begann ein großer **Landfriedensbruchprozeß** gegen 37 Angeklagte, darunter 19 Mitglieder der Eisernen Front, 2 Kommunisten und 16 Nazis, **der Rest ist parteilos??** 81 Personen sind als Zeugen erschienen.

Am 10. Juli waren 3000 Mitglieder der Eisernen Front auf ihren Fahr- und Motorrädern zu einer Sternfahrt aus dem Unterbezirk Hildesheim in Bockenem zusammengekommen. Die Veranstaltung verlief ohne jeden Zwischenfall. Auf dem Heimweg wurden jedoch einzelne Abteilungen angerempelt und überfallen. Das geschah vor allem in Alfeld und in Groß-Ilde, wohin bewaffnete Nazistürme mit Personenkraftwagen mobilisiert worden waren. Die Ueberfallenen setzten sich mit Latten und Steinen zur Wehr. Es gab auf beiden Seiten Verletzte. Vor Gericht schoben die Nazizeugen den Angeklagten der Eisernen Front alle Schuld zu. Es ist aber schon eidlich festgestellt, daß in Alfeld, wo der Hauptüberfall erfolgte, die Nazis in Gruppenkolonnen anmarschiert sind, und unter dem Kommando: „SA. — Straße frei!" Anhänger der Eisernen Front überfielen.

Fahrplanmäßiger Betrieb bei der BVG.

Entlassungen

CNB. **Berlin**, 8. Nov. Nachdem gestern in der geheimen Zentralstreikleitung der BVG. **Unstimmigkeiten** ausgebrochen waren, die eine reibungslose Weiterführung des Streiks gefährdeten, wurde allgemein die Parole ausgegeben, die **Arbeit** wieder restlos und bedingungslos aufzunehmen. In den Morgenstunden meldeten sich so viel Arbeitswillige, daß der Betrieb wieder vollig **fahrplanmäßig** aufgenommen werden konnte.

Die BVG. hat **1000 Mann entlassen**, und zwar diejenigen, die sich besonders durch **Terrorakte** und Bedrohung von Arbeitswilligen strafbar gemacht hatten. Jetzt hat die BVG. **weiteren 1000** Faherern und Schaffnern sowie 50 Arbeitern aus den Werkstätten ihre Entlassungspapiere zugestellt.

Der 15. Jahrestag in Moskau

WTB. **Moskau**, 8. Nov. Im großen Theater in Moskau fand eine Festsitzung zur Feier des 15. Jahrestages der Oktoberrevolution statt. Stalin, Kalini, Moroschiloff und Molotoff wurden bei ihrem Erscheinen mit großem Beifall begrüßt. Der Präsident des zentralen Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei, **Kalinin**, feierte in seiner Rede die sozialistische Aufbauarbeit. Der **Fünfjahresplan** sei in vier Jahren verwirklicht worden und Rußland habe durch die geleistete Arbeit eine bedeutende Wandlung erfahren. Die Lage im **fernen Osten** sei für Rußland immer noch bedrohlich, denn die ganze Angelegenheit sei noch nicht gelöst. Kalinin schloß seine Rede mit den Worten: „Unsere Politik ist unwandelbar. Wir werden mit allen Mitteln für den Frieden kämpfen."

Freistaat Baden

Konkordatsgesetz vor dem Landtag

Das Büro der Deutschen Zeitungsverleger meldet:

„Wie wir erfahren, hat das badische Staatsministerium beschlossen, den badischen Kultusminister zu beauftragen, den Konkordatsentwurf des badischen Staates mit dem Heiligen Stuhl im Auftrage des Kabinetts dem Landtag baldigst vorzulegen. Kultusminister Dr. Baumgartner wird den Inhalt des Konkordats in den allernächsten Tagen in einer Konferenz der Karlsruher Presse der Oeffentlichkeit unterbreiten. Wenn eine gleichzeitige Vorlage des Staatsvertrages mit der evangelischen Kirche nicht erfolgen kann, so kommt das daher, daß die seit einiger Zeit stattfindenden Verhandlungen noch nicht ganz zum Abschluß gekommen sind. Es ist jedoch auch hier eine baldige Einigung zwischen den Vertragspartnern zu erwarten.“

Angesichts der Bindung des Zentrums an die katholische Kirche und vielleicht auch angesichts der Vorgeschichte des Konkordatsentwurfs ist es verständlich, wenn das Zentrum darauf drängt, daß der mit Rom und mit dem Erzbischof vereinbarte Entwurf eines Konkordatsgesetzes alsbald dem Landtag zur Verabschiedung vorgelegt wird. Wie und auf welche Weise es dem Zentrum gelingen wird, eine Mehrheit für den Konkordatsentwurf im Landtage zu finden, steht wohl im Augenblick noch dahin. Für die Sozialdemokratie ist die Stellungnahme durch den kürzlich erfolgten Beschluß des Parteiausschusses und der Landtagsfraktion gegeben.

Südwestdeutsche Industrie gegen Ausfuhrzerschlagung

Ein Protest gegen wirtschaftlichen Nationalismus

In der am 7. November ds. Js. unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Alexander Gütermann-Gutach i. Br. stattgefundenen Sitzung des Präsidiums des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller wurde folgende **Kundgebung an den Reichskanzler** beschlossen:

„Deutschland muß ausführen, um einführen zu können. Deutschland muß **exportieren, um leben zu können,** deshalb muß Deutschland im Kampfe um seinen Anteil an der Weltwirtschaft seine Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu den einzelnen Ländern der Erde weiter ausbauen und deshalb auch festhalten an der gesunden und bewährten Grundlage unserer bisherigen auf dem Prinzip der Meistbegünstigung beruhenden Handelspolitik. Wir verkennen nicht, daß der Landwirtschaft weiter geholfen werden muß, namentlich auch durch Unterstützung im Ausbau ihrer Absatzorganisation. Nicht aber darf diese Hilfe geschehen durch handelspolitische Maßnahmen, die in ihren Auswirkungen andere Glieder unserer Volkswirtschaft **vernichtend treffen** müssen, was zu erneuter Arbeitslosigkeit, Schwächung der Kaufkraft breiter Massen unserer Bevölkerung und damit zu einer Minderung des Absatzes agrarer deutscher Erzeugnisse, statt zu einer Hebung desselben führen muß.

Der **Schaden**, der schon jetzt durch die bloße Ankündigung von beabsichtigten **Einfuhr-Kontingentierungsmaßnahmen** in Auswirkung auf unseren industriellen Export, wie erwähnt, entstanden ist, ist derartig, daß der Verband Südwestdeutscher Industrieller im Interesse der von ihm vertretenen **badischen und südwestdeutschen Industrie** nicht nur vor einer Weiterverfolgung der beabsichtigten Einfuhr-Kontingentierungsmaßnahmen warnen, sondern die dringende Bitte an die Reichsregierung richten muß, über die industriellen und wirtschaftlichen Interessen Badens und Südwestdeutschlands als doch auch **eines nicht unbedeutenden Gliedes** der deutschen Wirtschaft nicht hinwegzugehen, sondern unter Berücksichtigung des deutschen wirtschaftlichen Gesamtinteresses von der Einführung weiterer Kontingente Abstand zu nehmen.“

Reichswinzerkredite

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat sich im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen in Anbetracht der sehr ungünstigen Lage im deutschen Weinbau damit einverstanden erklärt, daß

1. von der Erhebung der Zinsen aus den Winzerkrediten für das Jahr 1932 Abstand genommen wird.
2. die am 15. November 1932 fällige erste Tilgungsrate und die weiteren Tilgungsraten der Reichswinzerkredite für ein Jahr gestundet werden, so daß die Kreditnehmer erst am 15. November 1933 verpflichtet sind, mit der Rückzahlung dieser Kredite nach den früher mitgeteilten Tilgungsbestimmungen zu beginnen.

Einweihung der neuen Rheinbrücke Mannheim–Ludwigshafen

DZ. **Mannheim**, 7. Nov. Die Städte Mannheim und Ludwigshafen haben nunmehr die **Einweihung** der neuen Rheinbrücke endgültig auf **Samstag, den 19. November**, festgelegt. Die Feier findet auf dem Platze vor dem Pfalzbau, bei schlechtem Wetter im Konzertsaal des Pfalzbaues in Ludwigshafen statt.

Landschaft und Rundfunk

Mit der Krise des deutschen Rundfunks befaßt sich ein Aufsatz Alfons Paquets in der Frankfurter Zeitung, der in eine **scharfe Kritik** des heutigen Rundfunkunwesens — „Gouvernementalismus, Kommissarenwahnsinn, Parteiklüngel, dabei habt ihr es gebracht“ — ausmündet, wobei auch folgende beachtenswerte Bemerkungen über die **landschaftliche** Bedeutung der einzelnen Sender gemacht werden.

„Es gibt neun Sender in Deutschland, jeder schien allmählich **sein eigenes Gesicht** zu bilden, etwas **Landwirtschaftliches** schlug durch, der Charakter leitender Persönlichkeiten prägte sich am Programm aus, und der Wetteifer, die „funkische“ Praxis immer eindeutiger von der Zeitung, vom Buch, von der Bühne, von der Kirche abzuheben, entfesselte neue Ausdrucksformen. Die Sendebezirke sind ungleich sie sind dem Schichtenaufbau und der Hörerzahl nach verschieden, **jeder stellte etwas anderes dar und brauchte etwas anderes.** Das gab auch den Leistungen ihres Rundfunks die **Verschiedenheit**. Ihren größeren Mitteln entsprechend hätten die ganz großen Sender in künstlerischen Dingen die Führung, der Westdeutsche Rundfunk in Köln, die Berliner Funkstunde. München förderte deutsche Belange vom Bayrischen her. Stuttgart trieb schwäbische Kunde, Hamburg pflegte nicht ohne einen interessanten Zug von Snobbismus das Norddeutsche, Frankfurt förderte moderne Musik, Leipzig pflegt die literarische, soziale Note, und Breslau lieferte das Beispiel, wie selbst ein kleiner Sender sich durch die Initiative auf dem Gebiete des Hörspiels an die Spitze arbeiten kann. Wer nicht mitten in dieser Entwicklung stand, hatte Mühe, ihr zu folgen. Man lernte nie aus, das Experimentieren, das Probieren nahm kein Ende, und es ergab sich trotz allen Gedudels der Unterhaltungsabende und alles Fällels der Schallplatten doch das **Bild einer aktiven, lebendigen Geistigkeit**. In dem fast amerikanisch primitiven Anfangszustand des Rundfunks war etwas, das für den schaffenden Menschen seinen Reiz hatte. Durch alles Langweilige, Routinemäßige der Tagesprogramme brach doch immer wieder das Feurige neuer Vorstöße, schöner Ueberraschungen.

Es kam der Moment, wo es sich entscheiden mußte, ob die Entwicklungsrichtung nach der künstlerischen oder nach der geschäftlich-organisatorischen Seite ging. Die Entscheidung liegt schon ein paar Jahre zurück, der Rundfunk wurde stark und mächtig, er begann zu **rationalisieren**. Ein Programmausschuß wurde gegründet, um von ihm aus dauernd ein objektives Gesamtbild über die Gruppenaufteilung und den Inhalt der Rundfunkprogramme zu gewinnen. Das Ergebnis davon war die Reichsrundfunkgesellschaft, die sich als Dachorganisation aufgetan hat und von sich aus nun aktiv in die Programmgestaltung eingreift, man hatte es im Anfang wohl nicht so erwartet. In die Tendenz zur Rationalisierung kam noch die Schallplatte, ein ungeheueres Archiv, eine Schatzgräberei, ein planmäßiger Bergwerksbetrieb in den Schätzen der älteren Literatur, besonders der Musikliteratur, die Schallplatte und der Klassiker wurden zusammen zum eisernen Bestand, das Mittel, durch das der Rundfunk die lebenden Künstler gefügig machen konnte, auch bei sinkenden Honoraren ihre Leistungen immer dringlicher anzubieten.

Wer von Zeit zu Zeit bei den einzelnen Sendern zu tun hatte, fand immer neue Aenderungen, stieß auf eine fortschreitende **Mechanisierung, Präzisierung, Bürokratisierung**. Klarheit in diesem verwirrenden Zustand schien dringend wünschenswert. Man sah die Arbeitskraft der Intendanten nicht weniger durch die Aufgaben des eigenen Senders als durch die Zusammenarbeit mit den geheimnisvollen Nachbarorganisationen in Anspruch genommen, das große Ganze, das sich hier in die einzelnen Sender hinein durchsetzte. Der Rundfunk erschien immer mehr wie ein **Turmbau von Babel**.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. Oktober 1932 wird berichtet:

Bei Betrachtung der Arbeitsmarktlage in der zweiten Oktoberhälfte ist unverkennbar, daß nicht nur ein Stillstand der depressiven Momente eingetreten ist, sondern daß sich auch die **Anfänge einer Besserung** (!!) gezeigt haben. Der Gesamtbestand an Arbeitsuchenden betrug am 31. Oktober 278 812 Personen; 112 851 entfielen auf Württemberg und Hohenzollern und 165 961 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 259 874 als arbeitslos anzusehen und zwar 102 315 in Württemberg und 157 559 in **Baden**.

Die Entwicklung der Unterstützenzahl der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zeigt nochmals eine Abnahme um 543 bzw. um 2797 Hauptunterstützungsempfänger, die zum großen Teil wieder auf die Zunahme der Beschäftigten in den Maßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge und des freiwilligen Arbeitsdienstes zurückzuführen ist. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war am 31. Oktober 1932 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 33 877 Personen (26 223 Männer, 7654 Frauen), in der Krisenfürsorge 65 414 Personen (52 520 Männer, 12 894 Frauen)). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 3340 oder um 3,2 v. H. nämlich von 102 631 Personen (80 794 Männer, 21 837 Frauen) auf 99 291 Personen (78 743 Männer, 20 548 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 43 001 gegen 43 735 auf **Baden** 56 290 gegen 58 896 am 15. Oktober 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kam am 31. Oktober 1932 auf 1000 Einwohner 19,7 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge; dazu kamen auf 1000 Einwohner nach dem vorläufigen Ergebnis der Zählung vom 31. Oktober noch 15,9 Wohlfahrtserwerbslose das sind rund 80 000 Arbeitslose, die aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt wurden.

Löbe im Rundfunk

Heute abend, 9. November, 19 Uhr 10 Minuten

Ueber den holländischen Sender „Vara Hilversum“, Welle 296

Paul Löbe sollte am 9. November in Erinnerung an die Vorgänge des gleichen Tages im Jahre 1918 über die deutschen Rundfunksender sprechen. Aber den Freiherrn, die sich nur recht ungern ihrer unglückseligen Kriegsrolle entsinnen, der das ausgeblutete und verhungernde Volk erst in den Novembertagen 1918 ein Ende setzen mußte, war dies allzu unangenehm. Im Interesse der „politischen Ruhe“ wurde der Vortrag des im In- und Auslande bestens bekannten Genossen Löbe abgelehnt.

Das den Kampf des deutschen Volkes um seine demokratischen Lebensrechte aufmerksam verfolgende Ausland begriff nicht, daß einem Manne wie Löbe das Mikrophon gesperrt wurde. Der **holländische Arbeiter-Radio-Bund**, der selbständige Aussendungen bringen kann, bat Löbe, vor dem holländischen Hörer seinen in Deutschland „unerwünschten“ Vortrag zu halten. Löbe sagte zu.

Nun kann Papen die Autarkie nicht auf Rundfunkwellen ausdehnen. Der holländische Sender Hilversum, den auch der holländische Arbeiter-Radio-Bund (VARA) in bestimmten Zeiten benutzt, ist am 9. November mit guten Dreiröhrengeräten einwandfrei auch in **Deutschland** zu empfangen!

Die Rundfunkbehörden sollen sich schämen, einen Mann wie Löbe in die Rundfunkemigration zu jagen. Sie sollen aber auch fühlen, daß die Arbeiter-Radio-Internationale nicht gewillt ist, das von seinen „Herren“ so schwer geprüfte werktätige deutsche Volk im Stich zu lassen!

Paul Löbe wird also heute am 9. November über Hilversum über das Thema: **„Der 9. November und die Arbeiterklasse“** sprechen. Der Vortrag ist Teil der Sendung: **„Arbeiterkampf“**. Sie beginnt nach unserer Zeit **19.10 Uhr mit Arbeiterliedern**, gespielt auf der Vara-Orgel. Darauf folgt die Ansprache Löbes, die sofort durch den Sekretär der Arbeiter-Radio-Internationale, Genosse Zwertbroek, den holländischen Hörern übersetzt wird. Anschließend Arbeiterlieder auf Schallplatten mit deutschen Texten. U. a. „Lied der Bergarbeiter“, „Lied der Arbeitslosen“, und die „Ballade von den Säckeschmeißern“. Zum Schluß dieses Programmteiles erfolgt eine Reportage über das große Meeting der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes Holland.

Alle freiheitlich gesinnten Rundfunkhörer schalten deshalb am Mittwoch, 9. November, 19.10 Uhr (nicht wie irrtümlich in Programmzeitschriften und Presse bekanntgegeben 21.40 Uhr) um auf Hilversum, Welle 296 Meter. Der Sender Hilversum meldet sich: „Hier Vara Hilversum“.

Es ist eine Schande, daß der deutsche, freiheitlich gesinnte Rundfunkhörer trotz seiner Rundfunkzahlung sich wohl auch in Zukunft in stärkerem Maße unter anderem an das Programm der „Vara Hilversum“ halten muß, da er von dort das zu hören bekommt, was ihm die deutsche Junkerregierung in seiner Heimat vorenthält.

Der Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V. bittet alle Rundfunkhörer, ihm Berichte über den Empfang des Hilversumer Senders, besonders aber über die Veranstaltung am 9. November, einzusenden. Anschrift: Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V., Berlin SW. 61, Gitschinerstraße 93.

Schmutzige Wäsche im nationalsozialistischen Lager

Gauleiter Wagner wettert

Auswirkungen des Flugblattes über die Nazibonzen

Das Flugblatt über die „Nazibonzen in bengalischer Beleuchtung“ hat im nationalsozialistischen Lager derart gezündet, daß diese zunächst, statt wie angekündigt, die von Hitler kommandierten „Maßnahmen zur Einleitung des neuen Propagandafeldzuges“ nach der soeben erfolgten nationalsozialistischen Wahlniederlage zu treffen, nunmehr gezwungen sind, vor aller Oeffentlichkeit ihre schmutzige Wäsche zu waschen. Fast eine ganze Seite lang beschäftigt sich der nationalsozialistische Gauleiter Robert Wagner in der Dienstagnummer des „Führer“ mit dem „Verrat in Lahr“, wobei allerhand interessante Intermezzo zum Vorschein kommen.

Der Ausgangspunkt für das Pronunziamento des nationalsozialistischen Gauleiters Robert Wagner ist eine Erklärung in den nationalsozialistischen „Grenz-Land-Nachrichten“ in Lahr vom 5. November, in der es heißt: „Unser nationalsozialistisches Gewissen zwingt uns, den Verkehr mit Gau- und Kreisleitung so lange abzubrechen, bis dieser Korruptionsfall erledigt ist und die Gauleitung alle Anschuldigungen des Flugblattes restlos abgewaschen hat“. Wütend über diese Anklage läßt Gauleiter Wagner nunmehr seinen Zorn gegen die ihm früher so sehr befreundeten Gesinnungsgenossen Wankel, Arthur Kirn und so fort los. In einer einstweiligen Verfügung der nationalsozialistischen Kreisleitung wird die Ortsgruppe Lahr der nationalsozialistischen Partei mit sofortiger Wirkung aufgelöst, gegen die seitherigen Ortsgruppenleiter Pg. Arthur Kirn und seinen Stellvertreter Pg. Dr. Wäckerle wegen parteischädigenden Verhaltens ein Uschla-Verfahren eingeleitet, ein gleiches Uschla-Verfahren gegen den Verleger der nationalsozialistischen „Grenzland-Nachrichten“ R. Keutel beantragt und gleichzeitig jenen Nationalsozialisten, die sich hinter die Herren Kirn und Wäckerle stellen, ebenfalls ein Verfahren in Aussicht gestellt, sowie jenen Nationalsozialisten, die Keutels Zeitungsunternehmen irgendwie unterstützen, den Ausschluß aus der Partei angedroht.

Es ist also allerhand Umtrieb, den das Flugblatt über die Nazibonzen in Bewegung gesetzt hat, da anscheinend nunmehr endlich jene Nationalsozialisten, die noch Verantwortungsbewußtsein in sich fühlen, die Geschichte zu dumm wird und sie wieder das Gefühl bekommen, daß Reinlichkeit zur obersten Pflicht einer jeden Partei gehört. Gauleiter Wagner schießt daher maschinengewehrartig mit schweren Worten um sich, da der Aufruhr in der nationalsozialistischen Partei anscheinend an die Nieren dieser ganzen Bewegung in Baden geht. Herr Wagner ist entrüstet darüber, daß für Herrn Arthur Kirn die Behauptungen des Flugblattes über die Nazibonzen keine Lügen sind, sondern daß er, das „Opfer einer geradezu seltsamen Wankelmütigkeit“, sich die Vorwürfe gegen die NSDAP. in Baden entweder zu eigen mache oder zum mindesten Zweifel darüber äußere, ob die ausgesprochenen Behauptungen nicht doch berechtigt seien. Mit Kommandoton fährt Wagner seinen ehemaligen Freund Arthur Kirn an: „Wie kommen Sie dazu, in eine eidesstattliche Versicherung von mir Zweifel zu setzen! Sie haben es für nötig befunden, zu meiner Erklärung im Falle Koebele den „Führer“ um eine Berichtigung anzuhalten. Die Parteisatzungen verlegen die Verantwortung für Ausschlüsse aus der Partei ganz zum politischen Leiter, obwohl der Unterstützungs- und Schlichtungsausschuß gehört werden muß. Ob ein Grund zum Ausschluß vorliegt, ist im Fall Koebele ganz der Anschauung des Gauleiters anheim gegeben. Nun habe aber nicht ich zunächst entschieden, daß Koebele nicht auszuschließen ist, sondern mein Stellvertreter Pg. Köhler. Aber unabhängig von meinem Vertreter bin auch ich zu der Ueberzeugung gelangt, daß Koebele nicht auszuschließen ist.“

Wer in der nationalsozialistischen Partei nicht nach dem Willen der „Führung“ tanzt, der hat das Recht in ihr verwirkt. Maul halten und still gestanden ist der Anfang und das Ende des Organisationslebens. Mit militärischem Ton fährt daher Robert Wagner schließlich fort: Sie heben in den „Grenzland-Nachrichten“ auch auf die Fälle Kramer, Tritschler und Wetzel ab. Herr Arthur Kirn! Sie wissen aber einen Dreck um diese Fälle! Damit aber eine Klärung erfolgt, haben die Geschmähten Strafanträge gestellt. Es ist richtig, daß Pg. Kramer vor etwa 10 Jahren zu einer mehrwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, aber dieses Urteil kann der hochverdiente Pg. Kramer in Ehren tragen.“ Herr Gauleiter Robert Wagner hat befohlen, und die „Parteigenossen“ haben zu hören, stillzustehen und ohne ein Wort des Zweifels zu äußern, den Befehl als Gottesgebot zu achten.

Die Debatte in der nationalsozialistischen Partei zeigt, daß dort die Verhältnisse zu einer Siedehitze gelangt sind und weitgehendste Mißstimmung in den verschiedensten Kreisen des nationalsozialistischen Lagers herrscht. Die „Parteigenossen“ haben lange genug zugeschaut, bis schließlich jetzt endlich die Dinge zum Platzen gekommen sind und an dieser inneren Zersetzung der nationalsozialistischen Partei wird weder ein Partei-Ukas Wagners noch Hitlers etwas ändern, wenn auch in Zukunft wieder versucht wird, durch Vertuschung die Schaffung eines klaren Bildes zu verhindern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Tarifliche Rechtlosmachung

Wie man mit den Bauarbeitern umspringt

Kein Beruf ist von der Wirtschaftskrise so schwer getroffen worden als der Beruf der Bauarbeiter. Man sollte daher annehmen, daß die verantwortlichen Stellen alles tun, um die Lage der Bauarbeiter wenigstens nicht noch künstlich zu erschweren. Leider ist das Gegenteil der Fall. Der durch die Krise auf dem Baumarkt ohnehin schon fürchterlich **eng begrenzte Bezirk regulär entlohnter Bauarbeit wird immer weiter systematisch eingeengt.** Der freie Arbeitsplatz als Existenzquelle des Bauarbeiters wird zerstört. Und das, obwohl führende Männer der amtlichen Arbeitsbeschaffungspolitik stets erklären, bestimmte Aufträge dürften dem freien Arbeitsmarkt nicht entzogen werden.

Was von den Beruhigungsredensarten der maßgebenden Stellen zu halten ist, zeigt das Ergebnis einer im September durchgeführten **Umfrage des Deutschen Baugewerksbundes** über die Zahl der im Freiwilligen Arbeitsdienst oder in Fürsorge-Pflichtarbeit bei der Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlung und bei Reparaturen an gemeindeeigenen Baulichkeiten beschäftigten Bauarbeitern. Allein in rund 40 Orten müssen **bei der Errichtung von etwa 4000 Siedlungsstellen** bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 7500 neben den Siedlern und eventuell beschäftigten Tarifarbeitern **3000 Baufacharbeiter ihre Arbeitskraft im „freiwilligen" Arbeitsdienst** hergeben. **Weitere** 800 Baufacharbeiter werden im Fürsorge-Pflichtarbeitsverhältnis beschäftigt.

Diese Zahlen mögen dem Laien zunächst klein vorkommen; sie nehmen aber sofort ein sehr ernstes Gesicht an, wenn man sich einige Einzelfälle vor Augen führt. In Ostpreußen werden z. B. allein 119 Siedlungen im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet; darunter befinden sich Hochbauten, von denen der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung immer wieder erklärte, daß ihre Errichtung dem freien Arbeitsmarkt vorbehalten bleiben müsse. Priesterseminare, Jugendheime, Wirtschaftsgebäude, Wohnhaus- und Stallgebäude — solche Hochbauten werden heute in vielen Gegenden des Reiches durch den Freiwilligen Arbeitsdienst, also unter **Umgehung der tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen** gebaut. Bei 100 Siedlerstellen im Gebiet der Stadt Gleiwitz waren neben 122 Baufacharbeitern noch zahlreiche Fürsorgepflichtarbeiter im FAD. mit baugewerblichen Arbeiten beschäftigt. Bei Nassiedel werden an einer Kreisstraße 40 Baufacharbeiter als Pflasterer im FAD. beschäftigt. In der Amtshauptmannschaft Zittau wird sogar eine Badeanstalt im Werte von 350 000 Mark durch den FAD. gebaut. Unter tausend Beschäftigten an den Siedlerstellen in Bemerode bei Hannover befinden sich 208 Baufacharbeiter im FAD. und 350 Baufacharbeiter im Fürsorgepflichtarbeitsverhältnis. So oder ähnlich liegen die Verhältnisse bei sämtlichen 4000 Siedlerstellen, die von der Umfrage des Baugewerksbundes erfaßt wurden. Unter 200 Arbeitsdienstlern in Münster i. W., wo ebenfalls Hochbauten durch den FAD. ausgeführt werden, befinden sich allein 120 Baufacharbeiter. Unter 1370 Beschäftigten bei der Errichtung von Siedlungen in München sind unter 1400 Arbeitern 400 Baufacharbeiter im FAD. beschäftigt, in Heidelberg 102 und in Mannheim 198.

Von einer Freiwilligkeit im Arbeitsdienst kann man nicht mehr sprechen. Immer häufiger versuchen Vorsitzende von Arbeitsämtern, Landräte und andere einflußreiche Stellen die Unterstützungsbezieher unter Androhung des Entzugs der Unterstützung zum Arbeitsdienst zu zwingen. Immer mehr gehen die Gemeinden dazu über, Baufacharbeiter als Fürsorgepflichtarbeiter zu beschäftigen. Die Bauarbeiterverbände haben diese Entwicklung vorausgesehen. Man hat ihre Warnungen nicht beachtet.

Auch jede Notstandsarbeit muß dazu erhalten, die elende Lage der Bauarbeiter noch mehr zu verschlechtern. Obwohl die Bauarbeiterlöhne grausam tief gesunken sind, machen zuständige Stellen von ihrer Befugnis, bei Notstandsarbeiten die Löhne senken zu können, einen sehr unsozialen Gebrauch. Der Tiefbauarbeiterlohn betrug im Reichsdurchschnitt pro Stunde 55,7 Pfg. und für Orte unter 50 000 Einwohner sogar nur 48 Pfg., was unter Berücksichtigung von Regen- und anderen Ausfalltagen etwa einem täglichen Arbeitsdienst von 4 ℳ entspricht. Diese Löhne werden bei Notstandsarbeiten nun noch **um 10, 20, ja sogar bis zu 30 Pfg. pro Stunde** durch Anordnung **gesenkt.**

Die Spitzenorganisation der Gewerkschaften haben das **Reichsarbeitsministerium** auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen. Sie fordern die **Aberkennung der Gemeinnützigkeit und Zu[illegible]keit** im Sinne des § 139 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes **für Facharbeit im Siedlungsbau, für Neu- und Unterhaltungsarbeiten der Gemeinden.** Für diese Arbeiten muß der Freiwillige Arbeitsdienst und die Fürsorge-Pflichtarbeit unbedingt ausgeschaltet werden. Die Vergebung von Aufträgen für solche Arbeiten muß dem freien Arbeitsmarkt gesichert werden. Ebenso muß der unzulässige Druck, durch Sperrfristen einen Unterstützungsbezieher zur Annahme von Arbeit im FAD. zu zwingen, aufhören.

Die Bauarbeitergewerkschaften wünschen, persönlich dem Minister die außerordentliche Notlage der Bauarbeiterschaft klar zu machen. Sie erwarten, daß durch eine Aenderung der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen baldigst die Härten beseitigt werden, unter denen heute die Bauarbeiterschaft zu leiden hat. **Die tarifliche Rechtlosmachung der Bauarbeiterschaft muß ein Ende haben.**

Fürstliche Deserteure

Wie Prinz Heinrich ausgerissen ist – Mit roter Nelke und roter Flagge Ein würdiger Hohenzoller

Die Monarchisten blähen sich wieder auf. Sie verlangen in aller Bescheidenheit die Statthalterschaft der Republik. Glaubt man ihrer Presse, so leiten sie ihre Ansprüche von den „Opfern" her, die sie bisher „ihrem" Volke gebracht haben. Und von diesem „Opfermut" soll hier gesprochen werden. Am Jahrestage der Republik ist es beilsam, sich die Taten dieser Herren ins Gedächtnis zurückzurufen.

Wir wollen nur bei einem aus dem Geblüt der **Hohenzollern** verweilen. Einem, der sich immer im Hintergrunde hielt, das unterirdische Feuer der Konterminen gegen den Bestand der Republik aber umso eifriger schürte. Wir meinen **Prinz Heinrich von Preußen,** den im vorigen Jahr verstorbenen Bruder des ehemals regierenden Hohenzollern.

Prinz Heinrich von Preußen war im Kriege Oberkommandierender der Ostseestreitkräfte. Er residierte im Schlosse zu Kiel. Dort und auf seinem Flaggenschiffe manifestierte sich der Krieg hauptsächlich durch **Bankette** und **Bordfeste,** wie das bei ähnlichen Hofhaltungen so üblich war.

Nach den etwas stürmischen Tagen des 3. und 4. November 1918 in Kiel residierte der kaiserliche Statthalter der Ostseestreitkräfte immer noch im Schlosse — aber so, daß er den profanen Blicken der revoltierenden Matrosen unsichtbar blieb. Ein Schiff nach dem anderen fiel von der Flagge seines kaiserlichen Bruders ab. Aber genau wie all die großen Herren des Flottenstabes, so wagte auch der Prinz nicht, eine Lanze für die Ehre und den Bestand seines Hauses zu brechen. **Im Hafen und auf den Reeden, in der Stadt und in den Kasernen überließen die verantwortlichen Offiziere den Matrosen alles, was zu opfern war; sie kapitulierten.** Und der Prinz Heinrich? Er verkroch sich in dem weitläufigen Bau des Kieler Schlosses und erhoffte, nur noch etwas für sich selbst. Nicht ein Schuß fiel vom Schlosse, nicht ein Einziger der großen Suite des Prinzen oder gar er selbst wagten sich heraus, um für die „Ehre ihres Hauses" zu kämpfen. Und als dann etwas Beruhigung" in Kiel eingetreten war, **als die sozialdemokratischen Arbeiter und Matrosen alle Hände voll zu tun hatten, um das kommende Chaos aufzuhalten, da machten sich die hohen Herrschaften von dannen und ließen ihr Volk herzhaft im Stich.** Nun, was „Aufmachung" anbelangt, wollte der Hohenzollernprinz seinem großen Bruder allerdings nicht nachstehen. Schließlich war der Mut zur Lächerlichkeit der einzige Mut, den er besaß.

Angetan mit einer großen roten Nelke, als harmloser Zivilist verkleidet, so passierte Prinz Heinrich die ersten Wachposten der Revolution vor seinem Schlosse. Und als der Abend sich über Kiel senkte, da stand ein **Auto** am Bürgersteig, mit **aufgezogener roter Flagge** und den **falschen Insignien des Soldatenrates** und nahm den benelkten Zivilisten, Prinz Heinrich von Preußen, auf und jagte mit der kostbaren, tragikomischen Last in der Richtung nach Holtenau davon. Und nur auf der Hochbrücke, die über den Nordostseekanal führt, da fand der kaiserliche Prinz den Mut zu einer „Tat": Als das Auto die Brücke passieren wollte und Matrosenposten sich dem rotbeflaggten Wagen näherten, da knallte ihnen ein Pistolenschuß ins Gesicht . . .

Dann raste der Wagen im wildesten Tempo nordwärts, der dänischen Grenze zu. Ein Hohenzoller mehr, der in der Stunde schwerster Gefahr sein Vaterland im Stiche ließ.

Die italienische Amnestie

Rom, 8. Nov. (Eig. Ber.) Die Regierung hat die angesagte Amnestie verkündigt. In dem Text des Erlasses werden alle, die am Tage des Erlasses noch **als Verbannte** auf den Inseln leben und alle, die Polizei-Ermahnungen erhalten haben und unter Polizeiaufsicht stehen, von dem Gnadenerlaß **ausgenommen.** In einer später erschienenen amtlichen Verlautbarung wird mitgeteilt, daß von den auf die Insel verbannten 1086 Antifaschisten 595 in den nächsten Tagen **entlassen** werden. Diese Ergänzung wird damit erklärt, daß diese Antifaschisten nicht durch Gerichtsurteil, sondern auf **administrativem Wege** verurteilt wurden und auf dem gleichen polizeilichen Wege befreit werden. Alle übrigen wegen antifaschistischer Delikte Verurteilten, werden amtlich mit 1056 angegeben. Von diesen, in den Gefängnissen sitzenden Antifaschisten werden durch die Amnestie 639 befreit.

Im übrigen werden von dem Gnadenerlaß in der Hauptsache etwa 15 000 bis 20 000 Personen betroffen, für deren Delikte politischer oder allgemeiner Natur eine Höchststrafe von fünf Jahren vorgesehen ist.

Illustrer Tee beim Sowjetbotschafter

Die Proleten sind nicht dabei.

CNB. **Berlin,** 7. Nov. Zur Feier des 15. Jahrestages der Begründung der Sowjet-Union hatten der **Sowjetbotschafter** und seine Frau heute nachmittag zu einem **Teempfang** geladen, zu dem u. a. Reichskanzler **v. Papen,** Reichsaußenminister **Frhr. v. Neurath** und Gattin, Reichswirtschaftsminister **Prof. Warmbold,** Staatssekretär **Meißner,** Staatssekretär **v. Bülow,** der Chef der Heeresleitung **General v. Hammerstein** sowie eine Reihe anderer höherer Beamter erschienen waren. Das Diplomatische Korps war gleichfalls überaus zahlreich vertreten.

„Millionen Deutscher leiden Not, spendet zur Winternothilfe 1932/33!"

Gewerkschaftliches

Verbindlichkeitserklärung des Braunkohlenschiedsspruchs abgelehnt

MTB. **Halle** a. d. S., 8. Nov. Der Reichsarbeitsminister hat den Antrag des Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für den Braunkohlenbergbau vom 14. Oktober 1932 abgelehnt mit der Begründung, daß zwischen dem Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau und dem Verband des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes eine freie Vereinbarung zustandegekommen sei. Es erscheine daher nicht angebracht, durch Verbindlichkeitserklärung einen Tarifvertrag zwischen dem Arbeitgeberverband und den an der Vereinbarung nicht beteiligten Angestelltenverbänden zu schaffen.

Zeitschriften

Die „Sozialistischen Monatshefte", redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamer Str. 121 h) haben soeben das 11. Heft ihres 38. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Die Lebensarbeit Conrad Schmidts, von Paul Kampffmeyer — Politik ohne System, von Dr. Carl Mierendorff, M.d.R. — Reich und Länder, von Dr. Hans Simons — Die Selbstverwaltung im Staatswesen, von Hermann Kranold — Heraus aus der Arbeitsnot, von Dr. Walther Maas — Bürgertum und Sozialismus, von Dr. Feodor Röttcher — Die Regierung Herriot, von Will Könemann — Die sozialpolitischen Notverordnungen, von Dr. Ruben Gurland — Die Krise der deutschen Gewerkschaften von Otto Bach — Goethe 1932, von Dr. Herbert Kühnert. Der Preis des Heftes beträgt 1 ℳ, der eines Vierteljahresabonnements 3 ℳ. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, auf jeder Postanstalt, bei allen Kolporteuren, sowie direkt vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35. Probehefte stehen auf Verlangen beim Verlag kostenfrei zur Verfügung.

Partei-Nachrichten

Parteiausschuß

Der sozialdemokratische Parteiausschuß tritt am Donnerstag in Berlin zusammen. Er wird sich vor allem mit dem Ausfall der Reichstagswahl beschäftigen.

Ein Musikkurs für alle Rundfunkhörer

Eine begrüßenswerte Neuerung bringt der neue „Volksfunk": Eine Einführung in die Musik, die für Laien und Rundfunkhörer bestimmt ist. Sie wird regelmäßig fortgesetzt und durch Abbildungen und Notenbeispiele belebt sein, damit auch der angeblich Unmusikalische folgen und wirkliches Verständnis für die Musik gewinnt, die er alltäglich aus seinem Lautsprecher empfängt. Funklinien nach Uebersee und das aussterbende Volk der Nubier geben Anlaß zu äußerst interessanten Bildreportagen. Die Frauen fesselt auch der Roman, sowie Berichte aus dem Filmleben, die Behandlung der Wäsche im Haushalt und einen Besuch in der GEG-Mühle. Den Einlauf riesiger Mengen von Protestschreiben beim ARB, die sich gegen die Reaktion im Rundfunk richten, zeigen andere Bilder. Dann folgen noch als Ergänzungen des ausgezeichnet angeordneten Europaprogramms zahlreiche Einführungen, Kritiken, Humor, Rätsel-, Schach- und Skatecke, Kochrezepte, Preisausschreiben usw. Alles in allem wieder ein Heft, das die helle Begeisterung erklärt, mit der diese einzigartige Funkillustrierte der freien Arbeiterbewegung — die diesmal natürlich auch eine Wahltabelle zum Ausfüllen in der Wahlnacht bringt — in allen Teilen des Landes verbreitet wird. Dabei kostet sie einschließlich Geräteversicherung, frei Haus, durch Post oder Buchhandel bezogen, nur 96 Pf. im Monat. Probehefte erhält man auf Wunsch kostenlos vom Volksfunk-Verlag, Berlin SW. 68.

Neuigkeiten im Bücherkreis

Der Verlag Der Bücherkreis G.m.b.H., Berlin SW. 61, wartet für die Weihnachtszeit mit folgenden Bücherneuigkeiten auf: Berta Selinger „Herz in Flammen", ein Frauenroman, A. Uslar-Pietri „Die Roten Lanzen", Erzählung aus Lateinamerika, übersetzt und mit Einführung versehen von G. H. Neuendorff, illustriert, Otto Mänchen-Helfen „Drittel der Menschheit", ein Ostasienbuch (China, Mandschurei, Japan, Niederländisch-Indien), Josef Lenhard „Mensch unterm Hammer". Ferner bietet der Bücherkreis als verbilligten Sonderband seinen Mitgliedern im Weihnachtsquartal den Roman „Rußland vor dem Sturm" von Semion Rosenfeld an.

*

Das neue Heft Nr. 5 der Vierteljahrs-Zeitschrift „Der Bücherkreis", das von der parteigenössischen Buchgemeinschaft Der Bücherkreis G. m. b. H. herausgegeben wird, ist 24seitig als Werbeheft erschienen und enthält neben seinem wertvollen redaktionellen Teil und den Mitteilungen an die Mitgliedschaft auch eine vollständige Verlagsliste. Das Heft wird kostenlos abgegeben und kann bei den Zahlstellen oder direkt von der Hauptgeschäftsstelle Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7, eingefordert werden. Das Heft ist auch für Nichtmitglieder von Wert, weil es für das Weihnachtsquartal zwei besonders günstige Sonderangebote billiger Bücher enthält, die vielleicht manchen reizen, die Mitgliedschaft im letzten Quartal des Jahres noch zu erwerben.

*

Jeder Freund des „Bücherkreis" sollte besonders im Weihnachtsquartal zum Werber werden. Schon für 2 Neuaufnahmen gibt der „Bücherkreis" eines seiner Werbebücher, die für Mitglieder sonst 2,70 RM., im Buchhandel gar 4,30 RM. kosten. Also, Festgeschenkbücher ohne Geldausgabe! An Stelle der Buchprämie wird auch ein Werbegeld von 1 RM. pro Neuaufnahme gegeben. Meldung und Ausgabe von Propagandamaterial in der nächsten Zahlstelle oder bei der Hauptgeschäftsstelle des „Bücherkreises", Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7.

Sport

Fußball

Liedolsheim I. — Turn-Gesellschaft Stein 5 : 6

Stein gab heute ein Stelldichein in den Mauern Liedolsheims. Durch die schlechten Bodenverhältnisse kam kein flüssiges Spiel zustande. Liedolsheim hat den Wind im Rücken und kann die Partie bis Halbzeit mit 4 : 2 stellen. Nach der Pause ist Stein der glücklichere und konnte bis zum Schluß das Resultat verbessern. Das Endergebnis lautet 6 : 5 für Stein. Die zweiten Mannschaften trennten sich mit dem Ergebnis 3 : 6 für Stein. Der Schiedsrichter leitete sein Amt mit voller Zufriedenheit.

Mörsch I. — Forchheim I. 4 : 6 (4 : 3)

Die Arbeitersportler von Mörsch und Forchheim benützten den Vorabend der Reichstagswahl noch einmal dazu, um ein Freundschaftsspiel unter dem Zeichen der 3 Pfeile auszutragen. Was man sich von diesem Treffen, das als Lokaltreffen zu bezeichnen ist, versprochen hat, wurde vollkommen erfüllt. Beide Mannschaften zeigten sich in einer Form, die nur durch Ehrgeiz erreicht werden kann. Wenn Forchheim das Spiel für sich entscheiden konnte, so deshalb, weil ganz besonders die Fünferreihe in den letzten Minuten zu einer selten gesehenen Hochform aufgelaufen ist, die unbedingt zu Erfolgen führen mußte.

Das Anspiel zeigte sofort, daß die Mannschaften bestrebt waren, die andere zu übervorteilen. Beide Hintermannschaften, bei denen die von Mörsch das bessere Spiel zeigte, hatten harte Arbeit zu verrichten, um Erfolge zu verhindern. Die Stürmerreihen überboten sich gegenseitig an Schnelligkeit. Nach 10 Minuten Spielzeit wurde von Forchheim im Anschluß an eine Rechtsflanke der Torreigen eröffnet. Nicht lange dauerte es und Mörsch erzielte durch eine harte, aber gerechte Elfmeterentscheidung den Ausgleich. Dadurch wurde die einheimische Mannschaft angefeuert und sie verstand es sehr gut, eine Taktik anzuwenden, mit der Forchheim vollständig überrumpelt wurde. In kurzen Abständen schraubten sie das Resultat auf 4 : 1 zu ihren Gunsten. Forchheim dadurch zur Besinnung gebracht, leitete nun Angriff auf Angriff ein, der erste Erfolg in diesem Zeitraum war ein zugesprochener Elfmeter, der zum 4 : 2-Stand eingesandt wurde. Bis zur Halbzeit wurde von ihnen noch die Distanz durch das 3. Tor verringert.

Die zweite Halbzeit hielt die Zuschauer immer mehr in Spannung. Fast hatte es den Anschein, als hätten sich beide Mannschaften in der 1. Hälfte zu sehr verausgabt, doch war es nur eine vorübergehende Erscheinung. Beiderseits kämpfte man erbittert um den Sieg, wobei im Uebereifer manch gute Gelegenheit ausgelassen wurde. Schon näherte sich das Spiel dem Ende zu. Die Anhänger von Forchheim hatten sich bereits mit einer Niederlage ihrer Mannschaft abgefunden. Noch acht Minuten bis Schluß und das Resultat steht 4 : 3 für Mörsch. Da überraschte Forchheim die Zuschauer mit einem Spiel, an dem man seine helle Freude haben konnte. Im Zeitraum von 3 Minuten erzielte es drei Tore, die das Produkt einer verständnisvollen Zusammenarbeit der ganzen Mannschaft war. Mit dem Resultat 4 : 6 für Forchheim mußte auch heute wieder Mörsch, die den Forchheimern im Feldspiel vollkommen ebenbürtig waren, aber im Sturm noch nicht die richtige Routine besitzen, die Stärke ihres Gegners anerkennen.

Zu dem Spiel der zweiten Mannschaften hatte Forchheim ihre alten Kämpen wieder herangezogen, die auch bei diesem Spiel wieder bewiesen, daß sie immer noch in der Lage sind, einen gesunden Sport zu zeigen. Mit 3 : 0 mußte sich die zweite Mannschaft von Mörsch geschlagen bekennen. E. H.

*

Amtliches vom 3. Fußballbezirk. Am kommenden Sonntag, den 13. November, nachmittags ½3 Uhr, findet auf dem Sportplatz des Fußballvereins Grünwinkel das Entscheidungsspiel zur Ermittlung des Endspielgegners zwischen Königsbach und Wolfartsweier statt. Wir ersuchen unsere Vereine, das Spiel durch einen zahlreichen Besuch zu unterstützen. Eintrittspreis für Beschäftigte 40 und für Erwerbslose gegen Vorzeigen der Stempelkarte 20 Pfennig.

Aus aller Welt

Diphtherie-Epidemie in Stuttgart

Stuttgart, 8. Nov. Eine bösartige Diphtherie-Epidemie ist in Stuttgart zu verzeichnen. Die ersten Erkrankungen traten Anfang Oktober auf und zwar bei Kindern, die die Neckarmittelschule besuchten. Nachdem zwei Todesfälle eingetreten waren und noch fünf Schülerinnen samt der Lehrerin einer Klasse schwerkrank daniederliegen, schloß das Gesundheitsamt diese Klasse auf zehn Tage und nahm Nachuntersuchungen aller Erkrankungsfälle durch die Stadtarztstelle vor. Am Montag trat ein dritter Todesfall ein, ferner erkrankten drei Schülerinnen einer anderen Klasse der gleichen Schule, die nun wohl auch geschlossen werden wird. Man hofft indessen, die Erkrankungen zu lokalisieren und eine Verbreitung auf andere Schulen oder Stadtgebiete verhindern zu können.

Raubüberfall

Gelsenkirchen, 8. Nov. Zwei Räuber drangen heute abend in ein Lebensmittelgeschäft im Stadtteil Erle ein, hielten Verkäuferinnen und Kunden mit einem Revolver in Schach und raubten den Inhalt der Tageskasse, deren Höhe noch nicht feststeht. Auf der Flucht kam den Räubern auf der Haustreppe der Hausbesitzer entgegen, den sie durch Schüsse so schwer verletzten, daß er während der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Tödlich verunglückt

London, 8. Nov. Richard F. Kindersley, ein Sohn des bekannten englischen Finanzmannes Sir Robert Kindersley, wurde heute von Bahnbeamten auf dem Dach eines Eisenbahnwagens in der Station Farnham mit zerschmettertem Kopf aufgefunden. Blutspuren auf der Türklinke führten zu der Entdeckung. Man glaubt, daß ein Verbrechen nicht vorliegt. Der Verunglückte war nach einem Autounfall mit dem Zuge nach Hause gefahren. Es wird angenommen, daß er in einem **Zustand der Verwirrung** infolge einer erlittenen **Gehirnerschütterung** auf das Dach geklettert ist. Der Verunglückte war 27 Jahre alt.

Reichswehrsoldat infolge eines Irrtums erschossen

CNB. München, 8. Nov. In der Kaserne des 7. Bayerischen Pionierbataillons ereignete sich in der letzten Nacht ein schwerer Unfall. Ein Gefreiter dieses Bataillons wurde vom Kasernenposten für einen Einbrecher gehalten und nach mehrmaligem Anruf, auf den keine Antwort erfolgte, durch einen Schuß schwer verletzt. Der Gefreite starb in der gleichen Nacht.

Sparkassenleiter unterschlägt 200 000 Mark

CNB. **Potsdam**, 8. Nov. Der Kaufmann Ernst Wernicke in Bornim (Mark) hat als Leiter der Spar- und Darlehenskasse des Kreises Osthavelland 200 000 Mark veruntreut. Wernicke hat heute bei der hiesigen Staatsanwaltschaft ein Geständnis abgelegt und die Unterschlagung eingestanden.

D-Zug Paris—Amsterdam entgleist

WTB. **Brüssel**, 8. Nov. Der internationale D-Zug 131 Paris—Amsterdam ist 15 Kilometer südlich von Brüssel entgleist. Personen sind nicht verletzt worden, dagegen wurden Wagen beschädigt.

Woher stammt das Wort „Grippe"?

Das Wort „Grippe" leitet sich wohl von „greifen" ab, wenn man früher auch annahm, daß es sich um ein Lehnwort aus dem Russischen von chripti = Husten handelt. Ein gewisser Zusammenhang ergibt sich wohl daraus, daß Ende des 18. Jahrhunderts die zuerst gebrauchte Form „Gribs" in den damaligen Fremdwörterbüchern mit „Influenza, russische Krankheit" erklärt wurde. Das Wort Grippe findet sich aber auch schon in der französischen Sprache zu derselben Zeit, wie z. B. aus dem Lexikon von Amand König (Straßburg) aus dem Jahre 1800 hervorgeht. Einer der frühesten Literaturbelege für das Wort Grippe findet sich aber in Goethes Werken 46, 400 (1806): „. . . mit einem kleinen Husten und Schnupfen der Grippe, die viel Unheil angerichtet, glücklich entwischt . . ."

Kastration von Sittlichkeitsverbrechern

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In der Presse wurde kürzlich mitgeteilt, ein badisches Gericht habe zu Freiheitsstrafen verurteilten Sittlichkeitsverbrechern Strafaufschub auf Wohlverhalten zugesagt, wenn sie sich kastrieren ließen. Diese Nachricht ist nicht zutreffend. In den fraglichen Fällen handelt es sich um Verurteilte, die sich von sich aus einer nervenärztlichen Behandlung unterstellt haben. Das Gericht stellte ihnen in Aussicht, daß es ihnen die Fortsetzung der Heilbehandlung durch Gewährung eines einfachen Strafaufschubs ermöglichen werde. Dagegen ist **nicht richtig**, daß in irgend einer Form ein Druck auf die Verurteilten in der Richtung ausgeübt worden ist, sie möchten sich ärztlich behandeln oder gar sich kastrieren lassen. Einen solchen Druck auszuüben, sind, wie das Justizministerium früher schon gelegentlich ausgesprochen hat, die Justizbehörden weder berufen noch befugt, da es sich insbesondere bei der erwähnten Operation um einen sehr schwerwiegenden und in seinen Folgen kaum übersehbaren Eingriff handelt. Wer sich ihm unterziehen will und darf, muß das ganz aus seiner **eigenen freien** Entschließung heraus tun.

Die magische Zahl

Else ist Putzmacherin. Fünf Jahre schon gehörte sie im größten Kaufhaus der Stadt zu den geschicktesten und fleißigsten Angestellten. Dennoch — — — eines Tages erreichte es auch sie.

Es kam der Herr Abteilungsvorsteher und teilte ihr mit, daß sie zum Monatsersten gehen müsse. „Wir entlassen Sie ungern, Fräulein Else, aber Sie wissen ja, die Leute kaufen so wenig, weil sie kein Geld haben. Sie sind eine unserer Jüngsten und wir können ja wohl nicht gut die älteren entlassen."

Und so stand Else, die kleine Putzmacherin, an einem trüben Herbstmorgen mit hunderten von Schicksalsgenossinnen vor dem großen grauen Haus, das sie das Arbeitsamt nennen. Eine Riesenschlange dort Wartender! Else dachte nach, wie komisch der Name eigentlich wirkt, Arbeitsamt? Man ist doch grade hier, steht sich müde, unterschreibt trostlose Formulare, weil man keine Arbeit hat. Sie spürt einen leichten Druck am Arm. „Hier Ihre Nummer, Fräulein. Die beiden letzten Ziffern werden aufgerufen. Dann bei mir abgeben." Der Portier mit blauer Mütze geht schon weiter, die Reihe entlang. Else hält einen roten Zettel in Händen. Nur eine Nummer. Schrecklich!

128 936 steht darauf. Wie viele Schicksale, genau so traurige, vielleicht noch schlimmere, wie das ihre.

128 936 — mindestens so viele Menschen haben in irgend einem Zeitraum, in einem Jahr, in einem halben, in drei Monaten, was weiß sie, dieses selbe graue Tor mit derselben Bangigkeit passiert. 128 936 — — —

Langsam schiebt sich die Reihe vor.

„Haben Sie schon ein Los der Arbeiterwohlfahrtlotterie, Fräulein? Nur 50 Pfennig."

Der alte Mann, der fragend die Reihe der Wartenden passierte, wendet sich jetzt auch an sie.

„Bitte, Fräulein. Wenn Sie noch 50 Pfennig übrig haben sollten, gewiß, nur dann! Aber die Lotterie ist ein Werk der Arbeiter selbst. Und ihr Erlös dient wieder den Arbeitern und grade denen, die, wie Sie, erwerbslos sind."

Der alte Mann hat ein Bündel Lose in der Hand. „Wollen Sie wählen?" Mechanisch blättert Else in ihnen herum.

Welch ein Zufall! Sie hält plötzlich dieselbe Losnummer 128 936 in Händen, die auf ihrem Schicksalszettel steht. Else ist nicht abergläubisch. Immerhin, immerhin — — —

Vielleicht könnte es doch das große Glück sein.

„Bitte, hier sind 50 Pfennig. Geben Sie her."

Der alte Mann bedankt sich. Er geht weitere. Andere suchen ihre letzten Pfennige in abgenützten Portemonnais zusammen.

Else ist nun schon vier Wochen arbeitslos. Wann kommt die Unterstützung? Viele Formulare hat sie unterdessen ausgefüllt. Dutzende Fragen nicht einmal, sondern zweimal und dreimal an Schaltern beantwortet. Aber das Geld, das Geld ist immer nicht da. So geht es eben denen, die heute erwerbslos sind.

Sie rechnet nach, wann sie betteln gehen muß, wenn das Geld nicht kommt. Es ist bitter, betteln zu müssen. Erst recht für ein junges Mädchen.

Es klingelt. Die Botenfrau bringt der Wirtin die Zeitung. Else wirft flüchtig einen Blick hinein. Steht es nicht da — — —

„Ein Hauptgewinn der Arbeiterwohlfahrtslotterie 1932 fiel am heutigen ersten Tag der Ziehung auf Los Nummer 128 936."

Da wußte Else plötzlich um die Magie der Zahl. Aber abergläubisch ist sie trotzdem nicht geworden.

Enttäuschung

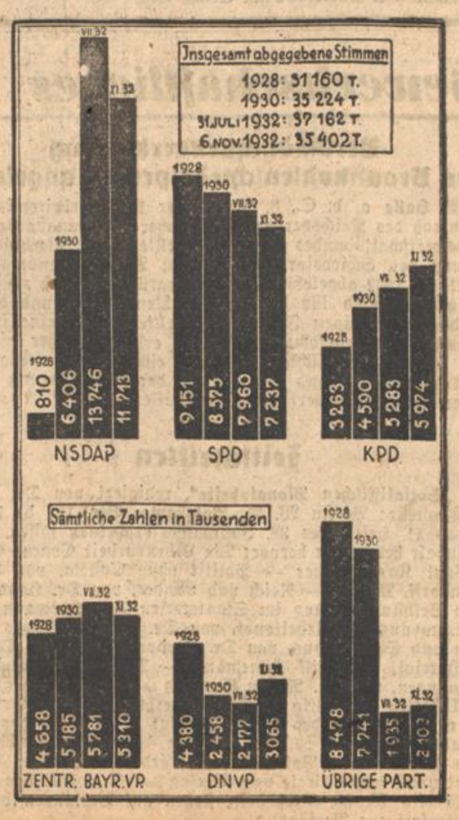
„Der Schaden wird sich wohl nicht mehr reparieren lassen."

Genossenschaftliches

Der Genossenschaftsgedanke ist lebendig

Anknüpfend an die starken organisatorischen Kräfte der verschiedensten Art, die heute in unserem Volk lebendig sind, stellt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" in ihrer Nummer 45 vom 5. November 1932 die berechtigte Frage: **Wo stehen in diesem Augenblick die Konsumgenossenschaften?** Soweit sie wirtschaftliche Einrichtungen sind, **leiden sie** wie andere Betriebe unter den Folgen der Krisennot. Das bedarf kaum der Hervorhebung. Aber die Konsumgenossenschaften sind nur zu einem geringen Teil Betriebe, **sie sind auch Genossenschaft.**

Die **genossenschaftlichen Ideale** dürfen in Notzeiten **nicht ins Hintertreffen** geraten; denn der von Elend und Verzweiflung gepackte Mensch verbindet mit ihnen seine einzige Hoffnung, die ihn aufrechterhält. Dafür sind die Jugendorganisationen, in denen der Genossenschaftsgedanke heute in einer neuen Form vergegenständlicht ist, der beste Beweis. Deshalb brauchen aber die Formen, in die der Genossenschaftsgedanke bisher gekleidet war, nicht überholt zu sein. Im Gegenteil: die längere Erfahrung, die diese Formen schuf, bietet die Gewähr



für **eine schnellere Verwirklichung** genossenschaftlicher Ideale, als der jugendliche Wagemut, der noch nach klaren Zielen ringt. Gelänge es, diesen Wagemut auch nur zu einem Teil der Konsumgenossenschaftsbewegung nutzbar zu machen, so könnten die Schwierigkeiten, mit denen diese augenblicklich zu kämpfen hat, leicht behoben werden.

Die **Forderung der Stunde** für die Konsumgenossenschaften ist daher, sich die Möglichkeiten nicht entgehen zu lassen, die sich ihnen infolge der **genossenschaftlichen Begeisterung**, von der weite Teile unseres Volkes erfaßt sind, bieten. Das ist die Folgerung, die die Konsumgenossenschaften aus den heute sich im Organisations- und Gemeinschaftsleben abspielenden Vorgängen ziehen müssen. Manchem mag es scheinen, als lägen diese Vorgänge dem Wesen und den Aufgaben der Konsumgenossenschaftsbewegung fern. Näheres Nachdenken lehrt aber das Gegenteil. Eine große kulturelle und wirtschaftliche Strömung, wie es die Konsumgenossenschaftsbewegung doch ist, muß ihr Augenmerk auf alles richten, was sich um sie herum ereignet. Die organisatorischen Strömungen innerhalb unseres Volkes gehen sie aber ganz besonders an, da sie mit ihr wesensverwandt sind. Je stärker diese Strömungen werden, desto wachsamer muß die Konsumgenossenschaftsbewegung sein; denn die Konkurrenz, die ihr auf ideellem Gebiet erwächst, kann ihr viel gefährlicher werden als die der Händler und Gewerbetreibenden. Es wäre daher ein schwerer und unverzeihlicher Fehler, wollte man im gegenwärtigen Augenblick auf die **Propagierung und Betätigung genossenschaftlicher Ideale** nicht einen entscheidenden Wert legen.

Kleine bad. Chronik

* **Sitzenkirch**, (Amt Müllheim), 8. Nov. **Ein Liebespaar in den Rhein gegangen.** Anscheinend in den nassen Tod gegangen sind der verheiratete, 28 Jahre alte A. O. von hier und die ledige, 19jährige A. R. aus dem Zinken Kaltenbach der Gemeinde Malsberg. Die beiden fuhren mit einem Motorrad bis an das Rheinufer bei Märkt unterhalb Basel und seitdem sind sie verschwunden, während das Motorrad am Ufer zurückblieb.

* **Mannheim**, 8. Nov. **Erfolgreicher Einsatz eines Fährtenhundes.** In dem Mannheimer Herren gehörenden Jagdhaus auf der Rheininsel Elisabethenwörth (Huttenheim) wurden im Februar dieses Jahres fünf Einbrüche verübt, wobei Kleidungsstücke, Bettzeug, Lebensmittel, Geschirr und anderes im Werte von etwa 3000 Mark entwendet wurden. Die Täter wurden in Germersheim vermutet. Nach dem letzten Einbruch im September wurde der Fährtenhund (Spürhund) „Basko" von der Polizei- und Gendarmerieschule Karlsruhe am Tatort angesetzt. Dieser nahm die Fährte auf und verfolgte sie dem Rheindamm entlang bis zur Kirche in Rußheim (6 Kilometer!) Der Hund lenkte also die Aufmerksamkeit der Gendarmerie von Germersheim ab auf Rußheim. Dort und in dem benachbarten Liedolsheim konnten fünf Täter ermittelt und festgenommen, sowie der größte Teil des Diebesgutes vorgefunden werden.

* **Rußloch** (Amt Wiesloch), 8. Nov. **Das Auge ausgestoßen.** Das neunjährige Töchterchen des Taglöhners Peter Rensch rannte beim Spielen im Zimmer gegen eine Türklinke. Der Anprall war so stark, daß der Augapfel aufplatzte und ausfloß. Das Kind wurde in das akademische Krankenhaus nach Heidelberg verbracht, wo ihm das verletzte Auge sofort entfernt werden mußte.

* **Oberprechtal**, 8. Nov. **Der Hofheinz-Gysin-Brunnen beschädigt.** Noch bevor der Anna Hofheinz-Gysin-Brunnen der Oeffentlichkeit übergeben werden konnte, wurde er von einem Rohling beschädigt. Mit einem schweren Stein und mit großer Gewalt wurde das besonders stark ausgeführt gewesene Auslaufrohr des Brunnens glatt abgeschlagen. Solche unglaubliche Rohheiten und Bubereien sind aufs Tiefste zu bedauern.

Notruf aus der Haardt

Wer hilft 20 notleidenden Familien einer armen Dorfgemeinde?

Die kleine Dorfgemeinde Büchig, Amt Karlsruhe, zählt bei 300 Einwohnern 20 Erwerbslosenfamilien, darunter 8 Wohlfahrtserwerbslose und 12 Krisenunterstützte. Sammlungsmöglichkeiten bestehen im Orte nicht. Eine Notgemeinschaft ist dieser Tage gebildet worden. Die Erwerbslosen in Büchig sind von der Not viel härter betroffen als Erwerbslose in den Städten, wo anerkanntermaßen Fürsorge und Winterhilfe bessere Leistungen aufweisen als in diesen kleinen, armen Dorfgemeinden, in denen Kleinbauernwirtschaft betrieben wird, während der Rest der Einwohner früher in Fabriken beschäftigt war. Die Notgemeinschaft Büchig hat um Hilfe bei der Badischen Notgemeinschaft, als der Landeszentrale der Winterhilfe in Baden, nachgesucht. Wie die Verhältnisse in den Erwerbslosenfamilien liegen, sollen zwei Beispiele von den zwanzig ungefähr gleichartig gelagerten Fällen den Lesern dieses Blattes nachweisen.

Erwerbsloser A.: 33 Jahre, verheiratet, Kriegsteilnehmer, früher in einem Karlsruher Industriewerk beschäftigt, seit zwei Jahren erwerbslos ausgesteuert, Unterstützung pro Woche 9 ℳ bei monatlicher Miete von 15 ℳ. 4 Kinder: Mädchen 11 Jahre, Bub 10 Jahre, Bub 7 Jahre, Mädchen 5 Jahre. Es fehlt dringend an Briketts, Winterkleidung, Wäsche und Schuhen für die Kinder, an Hosen, Schuhen und Kittel für den Vater.

Erwerbsloser B.: 27 Jahre, verheiratet, früher in einem Karlsruher Industriewerk beschäftigt, seit zwei Jahren erwerbslos, ausgesteuert, Unterstützung pro Woche 8 ℳ bei monatlicher Miete von 15 ℳ (im vierten Monat rückständig). 3 Kinder: Mädchen 7 Jahre, Bub 3 Jahre, Mädchen ½ Jahr. Es fehlt dringend an Wäsche, Schuhen und Winterkleidung für die Kinder, an Hosen und Schuhen für den Vater.

Kartoffeln und Gemüse haben sich die Erwerbslosen teils selber angebaut, teils erarbeitet oder geschenkt bekommen. Brennholz konnten sie selbst in den Rheinwaldungen für sich sammeln. Dringend notwendig wären aber pro Familie der 20 Erwerbslosen einige Zentner Briketts, um der Kinder wegen eine warme Stube halten zu können, sowie einiges Mehl.

Diesen armen, unverschuldet in Not geratenen Familien muß um der Familie willen und der Kinder wegen geholfen werden. Gute Menschen, die mit solcher Not fühlen und etwas erübrigen können, werden herzlichst gebeten, ihr Scherflein einzusenden an

Postscheckkonto Karlsruhe 360, Badische Notgemeinschaft, Karlsruhe, Friedrichsplatz 7,

welche Winterhilfsstelle diesen 20 Familien und vielen Hunderten in anderene arme: Notgemeinden Badens helfen soll und helfen will.

Herzlichen Dank im voraus für jede Gabe!

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs)

		5. Nov. Geld	5. Nov. Brief	7. Nov. Geld	7. Nov. Brief
Amsterdam	100 Fl.	168.33	169.67	169.48	169.92
Italien	100 L.	21.56	21.60	21.56	21.60
London	1 Pfd.	13.91	13.95	13.89	13.93
Newyork	1 Doll.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris	100 Fr.	16.52	16.53	16.55	16.57
Prag	100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	100 Fr.	81.07	81.23	81.13	81.29
Spanien	100 Pes.	34.45	34.51	34.47	34.53
Stockholm	100 Kr.	73.53	73.67	73.28	73.42
Wien	100 Schill.	51.95	52.05	51.95	52.05

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

9. November

1799 Napoleon stürzt Direktorium. — 1848 Robert Blum erschossen. — 1856 †Sozialist Utop. Cabet (Ikarien). — 1918 Württemberg und Hessen Republik. — 1918 Revolution in Berlin. Proklamierung der Republik. Flucht der Hohenzollern. — 1923 Niederwerfung des Münchner Putsches.

Der kleine Wohltäter

Es ist ein trüber Herbsttag. Wolkenfetzen jagen am Himmel dahin und durch die Straßen fegt ein empfindlicher Wind, da und dort ein welkes Blatt mit sich reißend, das dann irgendwo den Fängen des Windes entrinnt und zu Boden fällt.

Alles ist grau und trüb. Grau der Himmel über mir. Grau die Häuser! Grau die Straßen! Grau der Tag und die Menschen. Mit eiligen Schritten hasten sie an mir vorbei. Herbstlich ist ihr Sinnen, man sieht es ihnen am Gesicht an. In den Blicken liegt etwas Müdes. Um den Mund liegt verschleierte Wehmut, und formt die Lippen zu gequältem Schweigen, in das die Not und die Sorgen um den morgigen Tag ihre unfreundlichen Fühler strecken, und bleischwere Gedanken spinnen.

Es ist ein Tag der kein Lachen duldet. So könnte man meinen. Und doch klingt auch durch diesen trüben Herbsttag das sorgenbefreiende Lachen, nach dem sich die Menschen jederzeit sehnen. Ganz hell klingt es an mein Ohr. Es kommt aus Kindermund. Von zwei Kindern, die vor mir gehen. Ein etwa vierjähriger Bub mit seinem um einige Jahre älterem Schwesterchen. Munter plappert der Kleine auf das Schwesterchen ein. Dann und wann lächelt er hell auf. Wenn das Schwesterchen eine drollige Bemerkung macht. Zwischenhinein greift er dann in eine Tüte und steckt ein Bonbon in den wie ein Wässerlein sprudelnden Mund. Lächelnd hält er dann dem Schwesterchen die Tüte hin.

Plötzlich dringt kindliches Weinen an unser Ohr, von einem Kinde kommend, das an eine Hauswand lehnt.

Der Kleine bleibt stehen, schaut sein Schwesterchen an, dann das weinende Kind, und frägt: „Warum?"

Ich weiß nicht", anwortet das Schwesterchen achselzuckend. „Vielleicht hat es jemand geschlagen. Oder hat es Hunger."

„Vielleicht auch, weils keine Bonbons hat?," meint nun der Kleine.

„Möglich", sagt das Schwesterchen.

„Gib ihm welche", sagt da der Kleine mit treuherzig leuchtenden Augen und drückt dem Schwesterchen die Tüte in die Hand. Das weinende Kind schaut zuerst mißtrauisch drein. Wie aber das Schwesterchen in die Tüte greift, erstickt sein Weinen und mit gierigen Händen greift es nach den Bonbons. Dann trocknet es mit einer verwaschenen Schürze seine vertränten Wangen ab und läßt die Bonbons in seinem kleinen Mündchen verschwinden.

Sinnend folge ich den beiden Kindern. Der Kleine schaut noch ein paarmal um. Ein glückliches Lächeln sehe ich da in seinem Kindergesicht.

Das Wort Liebe drängt sich meinen Gedanken auf. Ja! Liebe fehlt unserer Zeit. Liebesarm sind ihre Menschen! Sie haben vergessen, daß sie nur Menschen von Fleisch und Blut und sterblich sind.

Liebe fehlt. Liebe zu sich und seinen Mitmenschen. Vieles wäre anders, könnte noch geändert werden. Not und Hunger könnte, wenn auch nicht verdrängt, so doch eingedämmt werden. Haß und Streit unter den Menschen müßte einem friedlichen Leben weichen. Liebe aber, Liebe tut not. Die Menschen müssen wieder den Weg zur Liebe finden, von der sie der furchtbar wütende Krieg vor Jahren gerissen.

Liebe, nicht Erbarmen,
Liebe tut not,
und auch die Aermsten der Armen
haben ihr Brot.

A. Sch.

Bezirksratssitzung

vom 8. November

Aus dem Geschäftsbereich des Polizeipräsidiums (Vorsitz: Polizeipräsident Haußer). Von den vorgelegten Gesuchen wurden genehmigt: dem Franz Fichtbaler, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Bürgerhof", Gebhardstraße 46; dem Heinrich Horr in Grünwinkel zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zur neuen Wacht", Mühlburger Straße 8; dem Hermann Schenkel, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Blume", Zirkel 28, dem Gottlob Marquardt, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Künstlerhaus", Karlstraße 44; dem August Dietrich, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Kaiser Barbarossa", Luisenstraße 38; dem Julius Schwab, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Volkshaus", Schützenstraße 16; dem Severin Morat, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum grünen Baum", Kaiserstraße 3/5; der Marie Ziegler, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum goldenen Kopf", Markgrafenstraße 49; dem Peter Drebinger, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Zähringer Löwen", Adlerstraße 18; dem Karl Steidle, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Auerhahn", Schützenstraße 58; dem Leonhard Maier, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Unter den Linden", Kaiserallee 71; dem Edwin Brecht hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Rheingold", Waldhornstraße 22; dem Ed. Bernecker, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Lohengrin", Gottesauerstraße 1; dem Fritz Mölotb, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Krokodil", Waldstraße 65; der Lina Blum Witwe, hier, zum Betrieb der Gastwirtschaft „Zur Sonne", Kreuzstraße 33; dem Karl Lutz, hier, zum Betrieb der Realgastwirtschaft „Zum König von Württemberg", Zähringer Straße 53; dem Hermann Bader, hier, zum Betrieb eines Konditorei-Tageskaffees ohne Alkoholausschank im Hause Schützenstraße 51; dem Peter Wiesel, hier, zum Betrieb der Realgastwirtschaft „Zum Friedrichshof", im Hause Karl-Friedrich-Straße 28; dem Hermann Nagel, hier, zum Betrieb der Realgastwirtschaft „Zur goldenen Krone", Amalienstraße 16; der Karlsruher Gastitättengesellschaft m. b. H. (Kaffee Odeon), hier; die Deutsche Edelbranntweinstelle G. m. b. H. hier, erhielt die Erlaubnis zur Erweiterung ihres Lagers feuergefährlicher Flüssigkeiten in Karlsruhe, Hardtstraße 37a. — Abgelehnt wurde das Gesuch der Firma Sinner AG. um Fristung des Realgastwirtschaftsrechts in dem Hause Durmersheimer Straße 84 „Zum Bad Hof".

Aus dem Geschäftsbereich des Bezirksamts (Vorsitz: Landrat Dr. Wintermantel). Eine größere Reihe von Klagesachen von Bezirksfürsorgeverbänden wegen Ersatzes von Fürsorgekosten fanden teils in zustimmendem, teils in ablehnendem Sinne Erledigung. Des weiteren wurden folgende Gesuche genehmigt: dem Otto Raupp in Blankenloch zum Betrieb der Gastwirtschaft „Zum Bären", Hauptstraße 49; der Marie Spitz in Jöhlingen zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur alten Brauerei Spitz", Hauptstraße 142; dem Karl Friedrich Wenz in Graben zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Rose", Hauptstraße 270; dem Wilh. Kuch II in Eggenstein um Verlängerung der am 12. Sept. 1931 erteilten bau- und gewerbepolizeilichen Genehmigung der Erstellung einer Schlachtstätte; dem Frauenverein Grötzingen wurde die Befugnis zur Anleitung von Lehrmädchen im Schneidergewerbe durch Schwester Lina Korn erteilt; der Errichtung einer „Oms" Frischwasserkläranlage zur Reinigung der häuslichen Abwässer des Wilhelm Kirchgäßner in Söllingen zwecks Einleitung derselben in den Gemeindewassergraben wurde zugestimmt; die Bau- und Straßenfluchten für die vorstädtische Kleinsiedlung am Pulverhausweg wurden nach Maßgabe der vorgelegten Pläne für festgestellt erklärt.

Hela.

Auf den Spuren der Vergangenheit

Ausgegangene Orte im Norden von Karlsruhe

Von Albert Hausenstein, München

Im Bestätigungsbrief König Heinrichs V. vom 16. August 1110 begegnet uns anläßlich der Güterbeschreibung des neugestifteten Klosters Gottesaue und deren Grenzfestietzung auch eine Grenzmarke, Bremehe genannt. Dieser Urkunde zufolge verläuft die Grenze „von Rintheim bis Salzfurt (das wohl am Salbach zu suchen sein dürfte) über den Weg, der zu dem fließenden Wasser hinaufführt, bis Bremehe, von Bremehe gegen Dagemarisdung hin bis Beiertheim..." Der Ort Bremehe, wenn es wirklich ein bewohnter Platz gewesen ist, ist längst nicht mehr vorhanden. Er lag aber höchstwahrscheinlich zwischen den heutigen Dörfern Eggenstein, das schon sehr früh in der Geschichte auftritt, und Staffort, vielleicht auch hart am Rhein. Es ist dies leider die einzige Stelle, wo von Bremehe die Rede ist. Zwar finden wir in einer Urkunde des Markgrafen Jakob I. vom 7. Jänner 1482 einen Waldnamen „In den Bremen"; es steht aber nicht nachweisbar fest, ob diese Oertlichkeit mit dem alten Bremehe gleichbedeutend ist. Auch im Lorscher Urkundenbuch (I, 21) findet sich ein Fluß namens Bramaha aufgeführt, ohne daß wir freilich zu entscheiden vermögen, ob dieses Gewässer mit unserem Bremehe in irgendwelchem Zusammenhang steht. Nur soviel können wir mit Bestimmtheit feststellen, daß diese altgottesauische Grenzmarke sprachlich mit „brem", althochdeutsch „prama", mittelhochdeutsch „brame", „breme", „brome", verwandt ist, was „Brombeerstrauch" bedeutet, während die Nachsilbe „ehe" vielleicht mit dem althochdeutschen „aha" = Wasser, Bach, übereinstimmt, so daß somit also Bremehe etwa „Wasser beim Brombeergestrüpp" besagen dürfte. Zweifellos steht daher dieser Name mit den Ortsbezeichnungen Bremgarten, Brombach usw. in nahem Verwandtschaftsverhältnis, allerdings nur der Wortbildung nach.

Auf der Gemarkung Liedolsheim findet der Wanderer heute noch einen Hof mit dem Wirtshaus zum „Löwen", Dettenheim genannt, die das letzte Ueberbleibsel einer einst großen dörflichen Siedlung gleichen Namens darstellen. Mehr als tausend Jahre trotzten die Bewohner Dettenheims, das sprachlich als „Heim des Tetto" erklärt wird, dem ununterbrochenen Andrängen der Rheinfluten, bis sie endlich im Jahre 1813 ihre heimatlichen Wohnstätten verließen und im benachbarten Altenburg gastliche Aufnahme fanden, das zu Ehren des damaligen Großherzogs Karl von diesem Zeitpunkt ab seinen Namen in Karlsdorf umänderte. Kolb vermerkt diese Uebersiedlung der Dettenheimer nach Altenburg folgendermaßen: „Dermal beginnt mit diesem Hof (Altenburg) eine große Veränderung, da das Dorf Dettenheim, das vom Rhein verschlungen zu werden bedrohet ist, und durrch Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich beynahe alle seine Besitzungen verloren hat, auf Altenburg verlegt wird (vgl. J. B. Kolb, Historisch-statistisch-topographisches Lexikon von dem Großherzogtum Baden, Karlsruhe 1913, I. 19). Dettenheim, das zur Zeit seiner Einverleibung in Karlsdorf 464 Einwohner mit 80 Wohnhäusern zählte, also ein ganz ansehnlicher Ort war, erscheint schon im Jahre 788 unter Karl dem Großen, wo die uralte Abtei Lorsch daselbst ein Hofgut hatte. Zahlreich sind die Schenkungen und Stiftungen fränkischer Edler zu Dettenheim während des 8. Jahrhunderts, auf die im Rahmen dieser Ausführungen näher einzugehen freilich der Raummangel verbietet. Vom 12. Jahrhundert ab, soviel sei nur erwähnt, erscheinen das Dorf und einige seiner Bewohner auch noch öfter in Urkunden und Kopialbüchern, sowie im Bürgerbuch der Stadt Speyer. Es erhält noch im Jahre 1765, also kurz vor dem Ende, eine neue Kirche, die mit einem katholischen Pfarrer besetzt wird, hat einen großherzoglichen Wehrzoll, kommt jedoch 1803 durch die bekannte Reichsfriedensdeputation, da seine Gemarkung in der Hauptsache auf dem linken Rheinufer lag, an Frankreich. Der Strom aber begann nun mit erneuter ungestümer Gewalt die Häuser des Ortes zu unterspülen, und das Schicksal Dettenheims war hiermit endgültig besiegelt.

Offenbar gleichfalls den Fluten des Rheins ist jener Ort zum Opfer gefallen, der von 796 bis 1547, vom Jahre 1177 ab allerdings unter dem Namen Altstadt, in den Jahrbüchern der Geschichte erscheint. Wir meinen den Ort Freccanstetten oder Frechstadt. Diese „Stätte oder Wohnsitz des Freccan" wird häufig als Ort von Güterschenkungen an das Kloster Lorsch genannt, bis am 1. Juli 1160 der Speyerer Bischof Günther, ein Graf von Henneberg, das damals noch bewohnte Hofgut Frechstadt für das Zisterzienserkloster Maulbronn erwarb, das einen Hof im Selbstbau daraus machte, weshalb es wohl die Bewohner vorgezogen haben dürften, den Ort zu verlassen („ad nichilum redacta fuit hominum inhabitatio"). Wahrscheinlich haben sie sich dann im nahen Eggenstein angesiedelt. Der Name hat sich nicht einmal als Flurbezeichnung erhalten. Die ehemalige Lage des schon zur Zeit der Ausstellung der bischöflichen Urkunde nicht mehr bewohnten Ortes ergibt sich aus dieser selbst und kann uns hier nicht weiter interessieren.

Verlassen wir diese Stätte längstentschwundener Herrlichkeit und wenden wir uns weiter nordwärts, so finden wir bei Philippsburg das Dorf Grefenweiler und dicht dabei Grefenhart, an das sich vielleicht ein Wald gleichen Namens anschloß. Beide Benennungen sind heute verschollen. Nur im Zinsbuch des Speyerer Bischofs Matthias von Ramung vom Jahre 1466 begegnen uns diese beiden Oertlichkeiten zusammen, während ein Urkundenbuch der Stadt Speyer den Grefenhart bereits 1316 erwähnt. Und eine Urkunde der Münchener Staatsbibliothek vom 16. September 1309 weiß sogar zu berichten, daß sich Otto, Graf von Zweibrücken, mit den Pfalzgrafen Rudolph und Ludwig versöhnt und „sein eigen zu Putenheim (Udenheim) das sthatel, Raynsheim (Rheinsheim), Knüttenheim (Knautenheim), Grefenhart und Winden" diesen übergibt und diese Dörfer wieder zu Lehen empfängt. Eine Stelle im Kopialbuch 315 im Generallandesarchiv Karlsruhe (Bruchsal-Speyer) . . . „wiesen oben am Grefenharter bruch gelegen, anstoßend die vom Newendorff" aus dem Jahr 1531 läßt freilich die Vermutung zu, daß „Grefenwiler" und „Grefenhart" bei Neudorf oder in Neudorf selbst zu suchen sind und nicht in der Philippsburger Gegend. Jedenfalls lag der Ort zwischen Neudorf und Philippsburg, die ja nicht allzu weit auseinander liegen. Näheres über die Bedeutung der beiden Namen läßt sich heute nimmer feststellen.

Auch der zwischen Blankenloch, Spöck und dem Schloß Stafort gelegene Hahnenhof gehört der Vergessenheit an. Ehedem Besitztum des Klosters Gottesaue, verkaufte ihn der dortige Abt Johann Triegel im Jahre 1527 an den Markgrafen Philipp um 1200 fl. Die Gemeinde Spöck erwarb dann 1795 dieses Kammergut um 40 350 fl. und noch im Jahre 1844 wird er als Hof der Gemeinde Spöck angeführt. Heute aber erinnert lediglich noch der Flurname Hahnenhof an diesen ebenfalls längst schon verschwundenen Klosterhof des gottesauischen Krummstabes.

Auf der Teutschneureuter Gemarkung meist der Flurname Heidelburg südlich von der mutmaßlichen Stelle, wo sich das untergegangene Freccansteten erhoben hat, heute noch vielleicht auf einen Ort hin, der von den heidnischen Germanen oder Römern bewohnt gewesen sein dürfte. Hier fand seiner Zeit auch Bonnet die der Steinzeit zugeschriebenen Scherben- und Tierknochenreste, welche, zusammen mit dem vorgeschlichtlichen Ringwall auf dem sog. „Neuforzer Kopf" bei Eggenstein, den wohlberechtigten Schluß zulassen, daß wir es hier, neben Eggenstein, Liedolsheim und Spöck, mit einer der allerältesten Ansiedlungen in der Nähe von Karlsruhe zu tun haben. Das Gewann „Heidelburg" aber ist im „Topographischen Atlas des Großherzogtums Baden" verzeichnet als letzter Zeuge einer längstverschwundenen Siedlung. Denn ein Feldnamen, der nur einen Wohnort bezeichnen kann, beweist auch das frühere tatsächliche Vorhandensein eines solchen. Wirklich ist an der einstigen Besiedlung zu Heidelburg, wenn auch in grauester Vorzeit, kaum mehr zu zweifeln.

(Schluß folgt.)

Sozialdem. Bürgerausschußfraktion

Heute abend

8 Uhr im kleinen Rathaussaal

wichtige Fraktions-Sitzung

Jedes Fraktionsmitglied hat zu erscheinen.

Speisungen der Winternothilfe

Wie aus den Tageszeitungen ersichtlich ist, plant die Winternothilfe in diesem Jahre neben den Ausgaben von Brennmaterialien, Kleidungsstücken und sonstigen Gaben, ihr Hauptaugenmerk auf die sogenannten Massenspeisungen zu legen. Die maßgebenden Persönlichkeiten glauben dieses damit begründen zu müssen, daß diese Speisungen im vergangenen Jahre bei den Erwerbslosen guten Anklang gefunden hätten. Dieses soll hiermit auch gar nicht bestritten werden. Ebenso liegt es dem Schreiber dieses auch vollkommen fern, etwa die Qualität des Essens oder sonst irgendwie etwas an diesem aussetzen zu wollen. Wer gerade im letzten Jahre einmal die Gelegenheit wahrgenommen hat, diese Speisen zu genießen, vor allem die der Arbeiterwohlfahrt auf dem Gelände der Freien Turnerschaft, der wird und muß diese Einrichtung im allgemeinen gut heißen. Aber sie hat doch einen Haken, der nicht von allen Arbeitslosen gutgeheißen werden kann und zwar vor allem nicht von allen Familien. Und dieser Haken ist, ob man allen Familien zumuten kann, hier das Essen einzunehmen oder zu holen. Das muß entschieden verneint werden. Täglich erscheinen schon jetzt auf dem Bureau des Erwerbslosen-Ausschusses des ADGB. Leute und sagen, daß sie hiermit absolut nicht einverstanden sind und lieber ganz darauf verzichten. Man wende hier aber nicht ein, daß dieses etwa falsche Scham sei oder daß dieselben nicht so bedürftig seien wie andere. Nein! Es ist das noch ein Ehrgefühl, das vor allem die Frauen dieser Familien haben. Hier ließe sich doch bei einigermaßen gutem Willen ein anderer Weg finden.

Es sei hier ein ganz drastisches Beispiel der Unmöglichkeit dieser Maßnahme angeführt: Eine Frau, die ein chronisches Darmleiden hat, weder Kartoffel noch Gemüse, Milch, Kaffee, Eier oder Obst verträgt, soll nun dieses Essen holen. Diese Frau hat heute noch ein Gewicht von sage und schreibe 81 Pfund einschließlich Kleidung, wie dieses am 27. Oktober der Vertrauensarzt des Fürsorgeamtes feststellte. Es wäre hier etwa folgender Vorschlag zu machen: Man hat beispielsweise nach dem Kriege **zentrale Lebensmittel-Ausgabestellen** eingerichtet, wo man Lebensmittel für die Arbeitslosen ausgab. Dieses wäre doch auch heute wieder zu machen. Sollte dieses aber mit zu hohen Kosten verbunden sein, so kann man ja Lebensmittelscheine in Höhe des Betrages ausgeben, den man zu geben bereit und in der Lage ist.

Da man es gerade in Deutschland im allgemeinen ablehnt und ablehnen muß, in der Lebensmittelversorgung nach russischem Muster zu handeln, so muß es deshalb auch ganz entschieden abgelehnt werden, daß man uns nach russischem Muster Massenspeisungen aufzwingen will.

Aus diesen Gründen dürfte es sicher einer Gerechtigkeitspflicht entsprechen, wenn dieser Wunsch berücksichtigt würde.

H. F.

Der heutigen Stadtauflage liegt ein Werbeprospekt der Badischen Landwirtschaftsbank (Bauernbank) e.G.m.b.H. Karlsruhe, Lauterberaftraße 3, bei, dessen Beachtung wir empfehlen. Dieses Institut, dem über 2000 im ganzen Lande verbreitete Genossenschaften mit 235 000 Einzelmitgliedern angeschlossen sind, wirbt um die Einlagen von jedermann. Der bereits vorhandene Einlagendestand von rund 21 Millionen Reichsmark soll weiter vermehrt werden, mit dem Endzweck: Sparkapital in Kredit umzuwandeln und durch Kredit, Arbeit und Brot zu schaffen. Für die Sicherheit der Einlagen bürgt eine Gesamthaftsumme von 33 Millionen RM. und einbezahlte Geschäftsanteile und Reserven von 4,1 Millionen RM. 5700

Die Polizei berichtet:

Jugendlicher Ausreißer

Am Hauptbahnhof wurde gestern ein elfjähriger Schüler festgenommen, der sich dort in auffallender Weise umhertrieb. Die Feststellungen der Polizei ergaben, daß der Junge seiner Mutter in Mannheim den Betrag von 130 RM. unterschlagen hatte. Er hatte zunächst eine Reise nach Freiburg unternommen und war dann nach Karlsruhe gekommen, wo ihn das Schicksal erreichte. Von dem Geld hatte er nahezu die Hälfte verbraucht.

Uebertretung der Verkehrsvorschrift

Wegen Parkens an verbotenen Stellen mußten wieder mehrere Kraftfahrer angezeigt werden.

*

(:) **Ehejubiläum.** Am heutigen Tage feiern Krankenkassenbeamter Friedrich Benz und seine Gemahlin ihr 25jähriges Ehejubiläum. Als langjährigem und treuem Abonnenten unserer Zeitung entbieten auch wir dem Jubilar und seiner Gattin die besten Wünsche und Glück auf zur „Goldenen".

2. **Sinfonie-Konzert des badischen Landestheaterorchesters.** Mit der Altistin Louise Willer, die soeben während der Münchener Festspiele wieder als Wagnersängerin ganz besondere Triumphe feiern konnte, und mit Ludwig Graveur, der gleichfalls in den letzten Wochen mit seinem herrlichen Tenormaterial überall die Konzertbesucher entzückte, kommen im zweiten Sinfonie-Konzert des badischen Landestheaterorchesters, das heute Mittwoch, den 9. November, stattfindet, zwei sehr prominente Solisten hierher zu Gast. Beide vereint in Mahlers „Lied von der Erde" zu hören gibt der Aufführung dieses herrlichen Werkes daher eine ganz besondere Bedeutung. Zweifellos darf aber auch durch die vorangehende Instrumentalschöpfung, durch die g-moll-Sinfonie von Mozart, dieser Konzertabend unter der Gesamtleitung von Generalmusikdirektor Josef Krips erhöhtes Interesse beanspruchen.

(:) **Vom Schwarzwaldklub.** Sonntag feierte der Schwarzwaldklub sein **35jähriges Stiftungsfest** in den Räumen der Stammwirtschaft Barbarossa, Südstadt. Dem Rahmen der Zeit anpassend, wurde nicht wie sonst zu guten Zeiten das Fest in größerem Stile, sondern nur in einfacher würdiger Weise gefeiert. Mit einer kernigen Ansprache begrüßte der 1. Vorstand Herr Wilhelm Britsch die Mitglieder, deren Angehörige und Gäste, legte die Geschichte des Vereins seit Gründung vor 35 Jahren im Schwarzwälder Hof durch eine kleine Gruppe Schwarzwälder, die ihre Landsmannschaft in Freud und Leid zusammenhalten wollten, dar. Von den Gründern sind noch 2 Ehrenmitglieder am Leben, Herr Hofheinz und der in der Südstadt beliebte und bekannte Geldbriefträger Herr Nock, welcher wie immer anwesend und unter Dankesworten des Vorstandes diesen für seine langjährigen Verdienste ein Blumengebinde nebst Ehrengabe überreichte. Weiter gedachte Herr Britsch in ehrenden Worten der verstorbenen und der im Weltkriege gefallenen Mitglieder, die der Rasen deckt, auch nicht minder Dank allen Mitgliedern, die ihre Landsmannschaft dem Verein bis heute gehalten haben. Der zweite Vorstand, Herr Ruf, dankte im Namen des Vereins Herrn Britsch für seine viele Mühewaltung für den Verein. Man ging nun zum gemütlichen Teile über, wobei der Streicherkarle in würzigem Humor der Frauen gedachte, Herr Kopp den Schwarzwälder Uhrmacher mit Klavierbegleitung lustig zu Gehör brachte und Herrn Musikmeister Leonhard, dessen Kapelle den Abend durch stimmungsvolle heitere Weisen verschönte, das Vereinsleben mit all den Festlichkeiten und Ausflügen einer scharfen humorvollen Kritik unterzog die Lachsalven erntete. Bei ff. Schrempp Bier, guten Weinen und vorzüglicher Küche des neuen Vereinswirtes trennte man sich um die Polizeistunde mit dem Bewußtsein, wieder einmal einen Abend der Alltagssorgen entrückt und ein paar frohe Stunden erlebt zu haben.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß die Aufführung von Richard Wagners „Götterdämmerung" am Sonntag, den 13. November, wegen des gleichzeitigen Furtwängler-Konzerts verschoben würde. Das ist nicht der Fall, „Götterdämmerung" bleibt Sonntag, den 13., in Platzmiete F. Als der Generaldirektion die Nachricht von der Veranstaltung des Konzerts zuging, war eine Verschiebung, die sonst gern gemacht worden wäre, schon nicht mehr möglich, da ein anderer Tag wegen vorliegender Behinderungen nicht freigemacht werden konnte.

Küppurr

Wahlidyll. In der Nähe des Schulhauses stand am Wahltag abends eine Anzahl Genossen der Eisernen Front friedlich beisammen. Plötzlich nahten im Eilschritt zwei Frauen; eine davon packte einen jungen Mann am Arm, riß ihm die Dreipfeilbinde vom Arm und schimpfte mit der andern Frau zusammen ganz fürchterlich. Die Binde wurde ihr prompt abgenommen und nach der nötigen Zurechtweisung zogen beide ab. Es wurde festgestellt, daß es „liebe" Verwandte des jungen Mannes waren, dessen Vater im Krieg gefallen ist und der als charaktervoller Mensch bei seinen Klassengenossen in der Eisernen Front stehen will. Die beiden Proletarierfrauen waren wütende Hitleriken und wollten den jungen Mann der braunen Armee zuführen. Bald darauf erschien, flankiert von zwei Frauen, mit Hitlerorden bedeckter Brust, ein wütender „Onkel" und schimpfte auch kräftig los. Allerdings mit ziemlich großem Abstand; denn die mustergültige Ruhe der Eisernen Frontleute imponierte ihm scheinbar. Ein Schutzmann machte seiner Schimpferei ein Ende. Dieser schimpfende Hitler ist bei der Rüppurrer Arbeiterschaft bekannt. Er ist bei der städtischen Kanalreinigung beschäftigt. Dagegen ist nichts zu sagen; denn jede ehrliche Arbeit ist zu respektieren. Aber eine Schande ist es, wenn man Verrat an seinen Klassengenossen übt. Arbeiter von Rüppurr, zieht aus diesem Vorkommnis die richtige Lehre und seht euch diese Leute genau an! Ein stiller Beobachter.

Kintheim

Theodor Meinzer, ein alter Kämpe der Arbeiterbewegung feiert heute im Kreise seiner Angehörigen seinen 65. Geburtstag. Was aber diesem Jubiläum seine besondere Bedeutung gibt, ist, daß unser „Theodor" zugleich 40 Jahre Abonnent des Volksfreund ist, sowie auch über 25 Jahre Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Im Kreise seiner Kollegen, und weit darüber hinaus, konnte sich unser Jubilar stets großer Beliebtheit erfreuen und hat immer mit aller Unerschrockenheit seiner Meinung und Ueberzeugung zur Arbeiterbewegung Ausdruck gegeben. Und wie er vorbildlich um das familiäre Wahl besorgt ist, ist er bis zum heutigen Tage Beispiel als Kämpfer der Arbeiterschaft geblieben. Wir stellen uns ebenfalls in die Reihen der Gratulanten und wünschen unserem „Theodor" im Kreise seiner Familie einen sonnigen Lebensabend.

Auskünfte der Redaktion

Nr. 20. 1. Die Strafe müssen Sie bezahlen. 2. Wir raten Ihnen, beim Bürgermeisteramt anzufragen, wie es mit Ihrer Eingabe steht. Indessen glauben wir kaum, daß Ihnen die Steuer erlassen wird, indem Sie ja in Arbeit stehen.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Großkarlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Fiesele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Die Zeitung

Ihre Bedeutung und ihre Leistung

Ueber den Wert und die Bedeutung der Zeitung ist sich ein großer Teil des Publikums keineswegs im Klaren, sonst würde man nicht immer wieder Klagen über die Bezugspreise hören. **Was wäre der moderne Mensch ohne die Zeitung,** dies Hauptwerkzeug der Revolution der Köpfe und des geistigen Fortschritts! Abgesehen davon, daß sie ihn zu politischer Bildung erzieht, vermittelt sie die Kenntnis aller bemerkenswerten Ereignisse in der ganzen Welt, aller Errungenschaften auf wirtschaftlichem, technischem, künstlerischem und wissenschaftlichen Gebiet. Daß die Zeitung eine wichtige Kulturaufgabe zu erfüllen hat, wurde von vielen großen Geistern zu allen Zeiten rühmend anerkannt.

Sie braucht nur einmal auszubleiben, und wir empfinden es als eine höchst unangenehme Störung in unserem täglichen Leben. Liegt sie nicht rechtzeitig im Kasten, so wirst du nervös und ungeduldig; deine gute Laune ist dahin, bis die Heißersehnte, schmerzlich vermißte schließlich mit kleiner Verspätung doch noch eintrifft. Befreit atmest du auf und stürzt dich mit doppeltem Eifer darauf, um dich mit seinem Inhalt vertraut zu machen. Schnell bist du auf dem Laufenden was Politik und Wissenschaft, Handel und Industrie, Arbeiterbewegung, Kunst, und, nicht zu vergessen, die neuesten Nachrichten aus deinem Wohnort: Geburten, Verlobungen, Todesfälle, Geschäftseröffnungen usw. usw. anbelangt. Du bist einfach rückständig und kannst nicht mitreden, wenn du all das nicht rechtzeitig erfährst, was die neueste Nummer der Zeitung enthält. Allerdings soll man von einer Zeitung nichts Unmögliches verlangen, sie leistet ohnehin unendlich viel und sucht alle berechtigten Wünsche zu erfüllen. Man schalte sie einmal gänzlich aus unserem Leben aus, dann wird man schnell zu der **Erkenntnis ihres wahren Wertes gelangen.** Für viele ist sie heute, in Anbetracht der verhältnismäßig hohen Preise der Bücher, die einzige Geistesnahrung. Ohne die Presse würden Millionen überhaupt keinerlei geistige Anregung mehr haben! Selbst wenn man die höchsten Anforderungen stellt, muß man zugeben, daß die aus der Zeitung bezogene geistige Nahrung besser ist, als völlige geistige Abgeschlossenheit, wiese ohne die Zeitung in manchen Kreisen herrschen würde.

Die Entwicklung des Zeitungswesens hat auf allen Gebieten eine gänzlich neue, geistige Atmosphäre geschaffen, sie brachte einen **frischen Luftzug** in die dumpfe Abgeschlossenheit der Studierstuben wie in die von Kastengeist beengten Handwerksstätten, sie wirkte auch auf alle Stände belebend, macht den Blick weiter und freier. Welch ungeheure Verdienste hat sich die Zeitung um die Hebung der **Volksbildung** erworben! Sie vermittelt dem Leser die Kenntnis aller Errungenschaften auf den verschiedensten Gebieten, die er sonst nur durch die Lektüre oft sehr kostspieliger Bücher erwerben könnte, sie bringt ihm den Stoff in kürzester, leicht verständlicher Form nah und wird ihm so zu einem Führer und Lehrer. Für das moderne **Wirtschaftsleben** hat die Zeitung ebenfalls eine weittragende Bedeutung gewonnen, man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß sie ein Grundpfeiler unserer Wirtschaftsstruktur und des sozialen Lebens geworden ist.

Einen nicht unwichtigen Bestandteil der Zeitung bilden die **Annoncen,** sie leisten sowohl dem Geschäftsmann wie dem kaufenden Publikum wertvolle Dienste.

Für die **Arbeiterschaft** hat die **sozialdemokratische Presse** jedoch ganz besondere Bedeutung als Kampfmittel. Sie ist die unentwegte Streiterin für Demokratie und Sozialismus, für Volksrechte und Sozialpolitik, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Abonnierung des **„Volksfreund"** muß daher für die arbeitenden Volksgenossen zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Veranstaltungen

Boxkämpfe im Colosseum. Polizeisportverein Stuttgart — 1. Karlsruher Boxsportverein 1922. Vorgenannte Vereine bestreiten am 10. November, abends 20.15 Uhr, im Colosseum einen Clubkampf. Man muß anerkennen, daß der 1. K.B.V. bestrebt ist, dem Publikum etwas zu bieten, selbst auf das Risiko einer finanziellen Einbuße. Im Einleitungskampf stehen zwei Jugendliche von Germania Karlsruhe und K.B.V. Im ersten Mannschaftstreffen stehen sich im **Bantamgewicht** „Sepfried" Polizei — Müller K.B.V. gegenüber. Wenn Müller das Selbstvertrauen wie in seinen letzten Kämpfen zeigt, dürfte es ein flottes Treffen geben. **Federgewicht:** Schepperle Polizei — Deimling K.B.V. sind zwei gute Techniker. Deimling wird sich alle Mühe geben, seinen 25. Kampf siegreich zu beenden. **Leichtgewicht:** Benz Polizei — Reichert K.B.V. Beide sind junge, vielversprechende Talente. Der Ausgang dieses Kampfes ist offen. **II. Leichtgewicht:** Endres Polizei — Hettel K.B.V. Ein Kampf von in vielen Kämpfen erprobten Boxern, welche mit Vorliebe rücksichtslosen Schlagaustausch suchen. Ein Kampf, wie ihn das Publikum liebt. **Weltergewicht:** Haas Polizei — Südwestdeutscher Meister — Kohlborn K.B.V. wird eine hochstehend technisch schöne Partie geben, da Kohlborn sich erst nach hartem Kampf geschlagen geben dürfte. **Mittelgewicht:** Klumpp und Löwi Polizei — Wieland II und Nagel K.B.V. 2 gute Paarungen, welche ausgezeichneten Sport versprechen. Besonders Nagel zeigt gute Trainingsleistungen. **Halbschwergewicht:** Heinrich Polizei — Wieland I K.B.V., ersterer ein ausgezeichneter Techniker, dem Wieland seine Härte und Kampfesmut entgegensetzen wird. Der Hauptkampf des Abends bringt 2 in Karlsruhe bekannte Kämpfer. Hachenberger-Wiesbaden — Schöllkopf Polizei. Hachenberger-W. besiegte hier Theilmann-Mannheim als schneller und glänzender Techniker, Schöllkopf P. der k. o. Sieger über Karmann Germania hat von seinen 28 ausgetragenen Kämpfen noch keinen verloren, davon allein 20 durch k. o. gewonnen. Diesen Kampf dürfte eine Spitzenleistung der Boxkunst zeigen, dem die hiesige Sportgemeinde mit Spannung entgegensehen wird. Alles in allem ein Programm, dessen Besuch sich bestimmt lohnt. Vorverkauf im Zigarrenhaus Bekir zu ermäßigten Preisen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

In der allgemeinen Wetterlage ist noch keine wesentliche Aenderung eingetreten. Ein ausgedehntes und flaches Hochdruckgebiet liegt mit seinem Schwerpunkt über den baltischen Ländern, während bei Island die Zyklonen dem Golfstrom folgen, ohne unser Gebiet zu beeinflussen.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 10. November 1932: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstand des Rheins

Basel 45, gef. 5; Waldshut 274, gest. 24; Rheinweiler —104, gef. 22; Kehl 271, gef. 7; Maxau 437, gef. 9; Mannheim 322, gef. 14 Zentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Haupt-Versammlung

am nächsten Freitag um 20 Uhr im „Friedrichshof" (Festsaal).

Genosse Oskar Trinks, M. d. L., referiert über das Ergebnis der Reichstagswahl.

*

Parteivorstand

Die auf heute angesetzte **Vorstandssitzung fällt aus.**

Arbeitsgemeinschaft soz. Lehrer

Mittwoch, 9. November, nachmittags 5 Uhr, monatliche Zusammenkunft im Volkshaus (Schützenstraße).

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 1 und 5

Versammlung am Donnerstag fällt aus. Dafür findet am Dienstag, 8. November, abends 8 Uhr, unsere Zusammenkunft statt. In Anbetracht der Wichtigkeit alles vollzählig erscheinen. Am Sonntag, 13. November, vormittags 10—11 Uhr Pflichtübung auf dem Platz.

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — **Vereinsanzeiger** — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe

Volkskirchenbund relig. Soz. Die Versammlung am Donnerstag muß des allgemeinen Versammlungsverbots wegen auf Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr, im „Elefanten" verschoben werden. Gen. Pfarrer Damian-Pirmasens spricht: **„Militarismus oder Pazifismus?" Der Eintritt ist frei.** 7507

Letzte Nachrichten

Die Repräsentantenhaus- und Senatswahlen

WTB. **London,** 9. Nov. „Times" meldet aus Neuyork: Die Ergebnisse der Wahlen zum **Repräsentantenhaus,** die gleichzeitig mit den Präsidentenwahlen stattfanden, zeigen, daß die **Demokraten 220,** die **Republikaner 211** und die **Landarbeiterpartei einen** Vertreter ins Repräsentantenhaus entsenden werden. Im Senat, für den Teilwahlen abgehalten wurden, werden mindestens 45 Demokraten, 33 Republikaner sowie ein Landarbeitervertreter sein. 17 Sitze sind noch zweifelhaft.

Hoover gratuliert Roosevelt

WTB. **Neuyork,** 9. Nov. Die republikanische „Herald Tribune" beglückwünscht Roosevelt und bezeichnet das Wahlergebnis als **springflutartige Aeußerung** des Volkswillens, der einen Systemwechsel verlangte.

Hoover hat aus Palo Alto seinem Gegenkandidaten Roosevelt seine Glückwünsche zu dessen Wahl ausgedrückt.

Aus dem Gerichtssaal

Wegen 1.50 Mk. 3 Monate Gefängnis

Kleine Schwindeleien und Betrüge sind die Spezialität des 23jährigen Arbeiters Wilhelm D. aus Karlsruhe. Obwohl er regelmäßig dafür bestraft wird, läßt er sich dieses trotzdem nicht als Warnung dienen. Jetzt brachte ihn wieder eine Geschichte vor die Schranken des Gerichts, wo er sich wegen 1.50 ℳ zu verantworten hatte. Vor einiger Zeit ging ein Freund des Angeklagten, den man nicht mehr auffinden konnte, in eine Wirtschaft und bestellte einen Humpen Bier und Zigaretten. Einige Zeit später kam der Angeklagte, setzte sich dazu und trank mit. Als der Humpen zum zweiten Mal gefüllt wurde, ließen die beiden diesen halbleer stehen und verschwanden sachte durch eine Hintertür. Die ganze Zeche, die 1.50 ℳ betrug, wäre an der Kellnerin hängen geblieben, wenn nicht zufällig ein Gast in der Wirtschaft gewesen wäre, der den Angeklagten gekannt hätte. So konnte er bald festgestellt werden und da er trotz Versprechungen immer nichts zahlte, nahm sich die Staatsanwaltschaft der Sache an. Da es sich bei dem Angeklagten um einen **rückfälligen Betrüger** handelt, mußte das Gericht die gesetzliche Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis aussprechen.

Ein Messerstecher

„Mit dem Messer zu stechen ist eine große Gemeinheit, zumal aus dem Hinterhalt und ohne jeden Anlaß," so sagte gestern der Einzelrichter dem 25jährigen Transportarbeiter Fritz Stößer aus dem Dörfle, der sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte. Die Schüler einer Tanzstunde hatten in einer Wirtschaft eine kleine Veranstaltung und machten sich nach 2 Uhr auf den Nachhauseweg. Zwei Burschen, ein 18- und 19jähriger, gingen durch die Waldhornstraße und sprachen mit zwei jungen Mädchen, die ebenfalls die Tanzstunde besuchten und dort aus dem Fenster schauten. Sie standen nicht lange, als einer der dort wohnenden Leute ein paar bissige Bemerkungen machte. Da man weiter keine Antwort gab, gab es dabei noch keine weiteren Zusammenstöße. Kurze Zeit später kam der Angeklagte und sein Freund mit ihren „Bräuten" die Straße daher. Ohne jeden Anlaß verabfolgte der eine davon dem 18jährigen Elektromonteur H. eine Ohrfeige. Der ließ sich das allerdings nicht gefallen und verabfolgte dem viel älteren Angreifer ebenfalls ein paar Ohrfeigen, so daß jener umfiel. Nun stürzten die „Bräute" auf den jungen Menschen ein und der Angeklagte zog das Messer und stieß es dem jungen H. in den Oberschenkel. Dieser erhielt dadurch eine recht erhebliche Wunde, die ihn heute noch nicht vom Krankenlager aufstehen läßt. Der Angeklagte bestritt, daß er gestochen hat. Bei seiner Vernehmung versprach er sich aber doch, und gibt zu, daß er in der Aufregung auch mal zugreifen kann. Als er nachher sah, daß er sich hineingeredet hatte, versuchte er sich wieder mit allen Kniffen herauszuziehen. Das gelingt ihm freilich nicht. Der verletzte Zeuge konnte auch vor Gericht nicht erscheinen, da sich sein Befund in den letzten Tagen wieder erheblich verschlechtert hat. So sind also die Folgen dieser leichtsinnigen Stecherei noch gar nicht übersehbar. Der Staatsanwalt beantragte für den bereits wiederholt wegen ähnlicher Dinge vorbestraften Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten. Er betonte auch mit Recht das asoziale Verhalten des Angeklagten, der aus Sport oder Blindheit um sich sticht, sich niemals aber darüber Sorgen macht, wie man den entstandenen Schaden wieder gut macht. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Versagung mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Die beinahe vierwöchentliche Untersuchungshaft wird nicht angerechnet, da der Angeklagte bis zum Schluß geleugnet hat. -o-

MANTEL STOFFE

sind heute so billig!

Lassen Sie sich unsere fast unerschöpfliche Auswahl unverbindlich zeigen

Fellimitationen
Seiden-Plüsch
K'seid. Futterstoffe

570

Leipheimer & Mende

Soziald. Partei Karlsruhe

Freitag, den 11. November, im Friedrichshof (Festsaal)

Hauptversammlung

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Reichstagswahl

Referent: Gen. Trinks, M. d. L., Parteisekretär

Beginn 20 Uhr.

Die Mitgliedschaft ist mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen freundlichst eingeladen.

Der Vorstand. 571

Küchen-Einrichtung, sowie Schuhmacher-Nähmaschine wie neu, billigst zu verkauf. Moltkestr. 133, III r

Neuer Wintermantel sowie Photo-Apparat 9×9, Rollfilm billigst abzugeben. Schölch, Karlstr. 5, III

Petroleum-Ofen für 3 M zu verkaufen Göth, Rheinstr. 81

Motorrad gut erhalten auch ein neuer Schrankgrammophon m. Platten bill. zu verk. Muggensturm, Scheffelstraße 34

Wer gibt ein. arbeitsl. Familienvater f. 2 Mädchen (Zwillinge) Puppe mit Puppenwag. bill. od. geschenkt ab? Offert. unt. Nr. 5690 a. d. Bld.

Gut erhalt. Puppenwagen zu kauf. gesucht. Adresse zu erfrag. unter F 2036 im Volksfreund

A. Werthkammer

MALERMEISTER
Luisenstraße 37 Tel. 736

Ausführung aller Maler-Arbeiten

1639 solid und preiswert.

Der Neue Welt-Kalender 1933 ist erschienen!

Auch in diesem Jahr ist der Kalender durch seinen reichhaltigen, belehrenden und unterhaltenden Inhalt und durch die getaillige Aufmachung der gegebene Jahresbegleiter für die Arbeitnehmerschaft.

Preis wie bisher 50 Pfennig

Wir bitten die Filialleiter, des Volksfreund sowie die Trägerinnen, den Bedarf umgehend anzufordern. Rabatt wie gewohnt!

Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe (Baden) Waldstraße 28

Ausstellung „Deutsche Woche"

Heute Mittwoch letzter Tag

Gewinn-Nummern im redaktionellen Teil dieses Blattes morgen zu ersehen

Bis zum 15. Nov. 1932 nicht abgeholte Gewinne verfallen zu Gunsten der Winternothilfe des Karlsruher Haustrauenbundes 5711

Betten-Buchdahl

Bettfedern	2.75	2.20	1.70	0.75
Halbdaunen	6.50	5.50	4.50	3.00
Gänsedaunen	14.50	12.00	9.50	7.50
Kissen gefüllt	10.75	7.25	5.75	4.40	3.70
Deckbetten gefüllt	29.-	25.50	21.-	17.50	12.00

Füllung geschieht gerne im Beisein des Käufers.

Federnreinigung
im Hause mit modernster Maschine

Matratzen

Seegrasfüllung	22.50	19.50	17.50	14.50
Polsterwollfüllung	29.50	26.50	23.50	19.50
Kapokfüllung	49.-	42.-	36.-	32.-

Schlaraffia-Matratzen in größter Auswahl 5703

Aufarbeiten von Matratzen in einem Tag in eigener Werkstatt

Patentröste, Schonerdecken, Metallbettstellen, Steppdecken, Wolldecken

alles finden Sie in größter Auswahl bei billigsten Preisen im ersten und größten Spezial-Geschäft

Betten Buchdahl

Karlsruhe, Kaiserstr. 164 Nähe Post

Karlsruher Notgemeinschaft

5. Spendenliste. 8. Nov. 1932.

Je 5.— M: Badische Wegebaugesellschaft, Verw.Oberinspektor E. Bau, Musiklehrer A. Bruder, Kaufmann K. Dieckmann, Reichsbahnrat i. R. K. Duppler, Studienrat A. Fritz, Kaufmann F. Gehrecke, Rechtsanwalt Dr. R. Gönner, Betriebsmeister a. D. F. Götz, Baudirektor O. Hauger, Prof. Dr. H. Hausrath, Frl. Holländer, Gewerbefachlehrer H. Huber, Frau Pfarrer Kaiser, R. K., Wwe. M. Lieber, Hauptlehrerin B. Müller, Wwe. A. Mosbacher, Kriminal-Sekretär G. Müller, Oberrechnungsrat K. Münchbach, Stadtamtsrat i. R. Neudeck, Ober-Ing. F. Peter, Verm.Inspektor Ph. Pfannebecker, F. Ries, Rechnungsrat a. D. Rihm, Frau Dr. Schäfer, E. Schmidt G.m.b.H., Verwalter D. Schneider, Wwe. E. Schumacher, Bücherrevisor Seiferheld, Bauoberinspektor a. D. O. Seiter, Ofensetzermeister R. Siegel, Fin.Sekr. a. D. K. Spannuth, Waagmeister Türschmann, Wwe. Wittmann.

Je 6.— M: Verw.Assistentin E. Argast, Studienrat A. Latterner, Studienrat J. G. Müller, Rechn.Direktor i. R. M. Schleicher.

Je 10.— M: Oberregierungsrat Dr. von Bayer-Ehrenberg, Rechnungsrat a. D. A. Durand, Dipl.-Ing. R. Freitag, Regierungsrat i. R. W. Fuchs, Hauptlehrer W. Gushurst, Reichsb.-Obertrat A. Hoch, Hauptlehrer J. Käser, Handelsvertreter J. Kammerer, Frauenarzt Dr. A. Kern, Landgerichtsrat Dr. A. Lederle, Generaloberarzt Dr. R. Müller, Ungenannt, Hauptlehrerin J. Rheiner, Stadtinspektor O. Schmalz, Reichsbahnsekretärin E. Schumacher, Kaufm. M. Strauß, Abt.-Leiter Vahldieck, Prof. a. D. Ch. Wörner, Rechnungsrat a. D. A. Wolz.

Je 12,50 M: Verw.Inspektor H. Rücker.

Je 15.— M: Fr. Brechtel, Handelsvertreter H. Kammerer, Kaufmann P. Keller, Amtsgerichtsrat W. Krall, Oberregierungsrat Dr. O. Mayer.

Je 18.— M: Reichsbahninspektor H. Graf.

Je 20.— M: Dentist F. Banfseth, Th. E., Oberrechnungsrat J. Heinrich, Kirchenrat F. Hindenlang, Reg.Rat i. R. R. Schmidt, Hauptlehrerin A. Schneider.

Je 25.— M: Professor Dr. P. Astenasy, Verw.Oberinspektor M. Batz, Ministerialrat A. Holzmann, Prof. Dr. A. Weckesser, Zahnarzt Dr. R. Weill, Landrat Th. Wintermantel.

Je 30.— M: Fabrikant Dr. L. Engelhardt, Lehramtsassessor Dr. E. Kast, Prälat D. J. Kühlewein, Frauenarzt Dr. O. Mallebrein, Apotheker E. Ott, Kaufmann Dr. E. Steppuhn, Finanzrat i. R. G. Zenk.

Je 50.— M: Privatmann A. Eichtersheimer, Wwe. F. Meyer-Platz, Frau Ministerialrat L. Mühe.

Je 60.— M: Konsul Dr. H. Guhl.

Je 100.— M: Präsident Dr. R. Fuchs.

Je 200.— M: Direktor Dr. F. Wolf.

Je 250.— M: Fabrikant F. Wolf sen.

Waren: Kaufmann K. Wilser 2 Zentner Kartoffeln, Musikalienhandlung F. Müller 2 Mundharmonikas, Ebersberger & Rees monatlich 50 Gutscheine à 2.— M, Wolf & Co., Fabrik chem.-techn. Produkte, 50 Kilo Kernseife, 50 Pakete Wolfco.-Perle, 50 Dosen Radol.

Freitische: Kaufhaus „Erwege" täglich 10 Kindermittagessen ab 14. November, Warenhaus Geschwister Knopf täglich 12 Kindermittagessen ab 14. November. 1258

Allen Spendern sei auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen.

Gebrauchte MOEBEL
aller Art kauft u. verkauft 6565
Schirrmann, Markgrafenstraße 43

Amtliche Bekanntmachungen

Oeffentliche Zahlungserinnerung.

Es sind fällig am

10. 11. 32. Die Umsatzsteuervorauszahlung für den Monat Oktober 1932

15. 11. 32. Eine Vermögenssteuer-Vorauszahlung Rate
bei Landwirten in Höhe eines Halbjahresbetrages,
bei den übrigen Pflichtigen in Höhe eines Vierteljahrsbetrages.

An die Zahlung wird erinnert. Terminversäumung hat Nachnahme oder Betreibung zur Folge. Bargeldlose Zahlung unter Angabe der Steuernummer ist erwünscht. 1259

Karlsruhe, den 7. November 1932.

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Wenig Geld? Hier ist der Ausgleich!!

Wohlfeile Wochen

Da kauft man gut!! Da spart man ....

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unseres reich illustrierten *Spielwaren-Kataloges* mit dem interessanten Gesellschaftsspiel.

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

3. Etage Spielwaren-Ausstellung

1 Trommel-Kiewaschmaschine
stündliche Leistung 6—10 cbm.
Diverse Steinbrecher u. Granulatoren
günstig abzugeben.
Gefl. Angebote unter V. J. 120 an d. Volksfreund.

Der Blitz am Mittwoch

Damen-Schlupfhose extra schwer, angerauht Größe 42-48 Stück	75 Pf.
Kinder-Schlupfhose extra schwer, angerauht Gr. 38-36 -.60, Gr. 30, 32, 34 Stück	50 Pf.
Damen-Strümpfe „Reine Wolle" oder Kunstseide plattiert, innen gerauht, besonders vorteilhaft . . Paar	1.45
Herren-Plüschhose 2 fädig, Maco, Größe 4, 5 oder 4-6 Stück	1.90

BURCHARD 570

Druckarbeiten aller Art liefert schnell die Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H.

Möbl. Zimmer oder Mansarde ohne Kaffee gesucht. Offerten unter Nr. 5708 a. d. Volksfreund

Wohnung 2 Zimmer mit Küche auf 1. Dezember zu vermieten. Bergshausen, Schimmitzstraße 10. W2041

Junges Mädchen sucht tagsüber Beschäftigung gleich welch. Art. Adr. zu erfr. unt. B2057 im Volksfreund

Matratzen
Ktg. m. Kett, bew. Arbeit Seegras v. 14.50 M an Kapok von 32.50 M an Roßhaar von 65.- M an Patentröste v. 12.- M an Schonerdecke v. 3.80 M an. Rud. Bient, Tapezierer Kreuzstr. 5, gegenüber Darmstädter Ho

Gut erhalt. gebrauchte **Möbel** aller Art kauft jederzeit 5713 D. Gutmann Rudolfstr. 12 Telefon 6608

Bei Rheumatismus! Echt Reinen ist Dr. Buheb's australisches Eucalyptusöl unentbehrlich. Drogerie GUGGER, Rheinstraße 57

Badisches Landestheater
Mittwoch, 9. Nov.
2. Sinfonie-Konzert.
Leitung: Josef Krips
Solisten: Louise Willer, Ludwig Graveur
Program: Sinfonie g-moll, Gustav Mahler, Das Lied von der Erde
Anfang 20 Uhr, Ende 22 Uhr
Preise 1.1 — .70

Do. 10. 11. Margarete
Fr. 11. 11. Die Regimentstochter
Sa. 12. 11. Neu einstudiert: Florian Geyer
So. 13. 11. Der Ring des Nibelungen. Dritt. Tag: Götterdämmerung. Im Konzerthaus: Liebling gaben

VOLKSBÜHNE
Rot u. Blau abholen!

Acker, ca. 8 ar in der Nähe von Rintheim zu pachten gesucht. Herbinpstr. 10, III r.

Hochelegantes Schlafzimmer
Eiche mit Nußbaum mit großer Frisierkommode Reklamepreis **390.-**
Unseren Anstrengungen ist es gelungen, ein wunderschönes, modernes Schlafzimmer herauszubringen, das eine neue, moderne Frisierkommode hat und doch nur 390.- Mark kostet. Die Frisierkommode hat 2 Türen und 4 Schubladen sowie drei Spiegel rechts und links Flügel bewegbar. Der Schrank ist 180 cm mit breiter Türe Nußbaum poliert. Sämtl. Ecken sind abgerundet und mit Nußbaum aufgesetzt. Wenn Sie dies Modell sehen werden Sie bestimmt kein anderes Zimmer mehr kaufen, denn wir glauben, daß Sie nirgends ein solch schönes und modern. Zimmer zu einem derart niedrigen Preise finden. Ihr altes Zimmer nehmen wir gerne in Zahlung.
Möbelfachhaus Fortuna G. m. b. H. Erbprinzenstr. 30
Unsere Ausstellung umfaßt über 200 Zimmer und Küchen 5702

3 Schlager!

20 000 Schachteln Camembert o.R.
vollfett - Butter sparend
Schachtel statt 20 nur **15**
solange Vorrat

1 Waggon Allgäuer Schweizerkäse
fein in Geschmack und Aroma
Pfund **25** 3 Pfund **98**

Etwas ganz Besonderes:
Oel-Sardinen
ohne Gräten
große Dose **35** 3 Dosen **1.00**

Pfankuch
und unser Rabatt

Bürgersteuer 1932 für die Hausangestellten

Zur Behebung bestehender Zweifel, ob von den Hausangestellten auch die in den Monaten Oktober, November und Dezember d. J. fällige „Bürgersteuer 1932" zu entrichten ist, wird festgestellt: **Die Bürgersteuer 1932 ist grundsätzlich von allen Hausangestellten zu entrichten, die am 10. Oktober 1931 20 Jahre alt waren** (also am 10. Oktober 1911 und vorher geboren sind) **und bei denen deshalb auch die Bürgersteuer 1931 auf der Steuerkarte 1932 angefordert war.** Befreiung wegen geringer Lohnhöhe kommt nur dann in Frage wenn die Gesamtbezüge monatlich **weniger** als 42 RM., für volle 14 Tage weniger als 20 RM., für volle Wochen weniger als 10 RM. betragen. **Hierbei ist jedoch zu beachten, daß der Wert der Naturalbezüge und ferner die vom Arbeitgeber vertrags- oder gewohnheitsmäßig übernommenen Beitragsanteile des Versicherten zur Sozialversicherung (Kranken-, Arbeitslosen- und Invalidenversicherung) dem Barlohn zuzurechnen sind.** Der Wert von Kost und Wohnung ist im Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe bei weiblichen Hausangestellten mit 25 RM., bei männlichen Hausangestellten mit 40 RM. monatlich veranschlagt. Die evtl. zu berücksichtigenden Beitragsanteile zur Sozialversicherung belaufen sich bei männlichen und weiblichen Hausangestellten, die freie Kost und Wohnung erhalten, auf mindestens 7 RM. im Monat.

Bürgersteuer 1932 ist also von sämtlichen Hausangestellten, die freie Kost und Wohnung erhalten, dann zu entrichten, wenn die Bürgersteuer 1931 auf der Steuerkarte 1932 angefordert war und

bei weiblichen Angestellten	bei männlichen Angestellten
a) sofern der Arbeitgeber auch die auf die Versicherten entfallenden Beitragsanteile zur Sozialversicherung bezahlt	
der Barlohn mehr als 10 RM. beträgt	*)
b) sofern die Sozialversicherungsbeiträge nach den gesetzlichen Bestimmungen zwischen Arbeitgebern und Versicherten geteilt werden	
Der Barlohn mehr als 17 RM.	bzw. mehr als 2 RM. beträgt.

*) Männliche Hausangestellte, deren Sozialversicherungsbeiträge voll vom Arbeitgeber bezahlt werden, sind schon dann bürgersteuerpflichtig, wenn ihnen nur freie Kost und Wohnung gewährt wird.

Die Bürgersteuer der Hausangestellten beträgt für die Monate Oktober, November und Dezember 1932 zusammen 6.75 RM., sofern jedoch Befreiung von der Einkommensteuer eintritt (was bei den meisten Hausangestellten der Fall ist) nur 3.36 RM. Für jeden der 3 Monate hat der Arbeitgeber ¼ des Gesamtsteuerbetrages vom Lohn einzubehalten und jeweils binnen 5 Tagen an die Stadthauptkasse Karlsruhe (Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3, Girokonto bei der städt. Sparkasse Karlsruhe Nr. 96, Girokonto bei der Bad. Bank und bei der Reichsbank Karlsruhe) abzuführen. **Der Arbeitgeber** haftet für die von ihm einzubehaltenden Beträge.

Für die Bürgersteuer 1933 tritt eine Aenderung insofern ein, als Hausangestellte dann schon bürgersteuerpflichtig sein werden, wenn ihre Gesamtbezüge mehr als 32 RM. monatlich betragen. Die Bürgersteuer 1933 wird auf den Steuerkarten 1933 angefordert werden.

Karlsruhe, den 7. November 1932.

Stadthauptkasse. 1257